

Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff

Niels Kadritzke

I. Einleitung

Dieser Versuch, wichtige neuere Publikationen zur Analyse des Nationalsozialismus zu erörtern und einige Konsequenzen für die aktuelle marxistische Diskussion über den historischen Faschismus darzustellen, wurde angeregt durch die ebenso schnell wachsende wie zunehmend unreflektierte Bedeutung, die der Begriff des Faschismus in der politischen Diskussion der organisierten und unorganisierten Linken in jüngster Zeit gewonnen hat.

Der folgende Aufsatz versucht deshalb zweierlei: Zum einen soll gezeigt werden, daß es für die marxistische Faschismus-Analyse immer noch äußerst lohnend ist, solche *zeitgenössischen* Einschätzungen des deutschen Faschismus aufzuarbeiten, welche vor und nach 1933 im Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung bzw. deren Widerstands-Zirkeln gezwungen und in der Lage waren, unmittelbare und konkrete Anschauung des Faschismus in theoretischer Analyse umzusetzen. Die Arbeiten der KPO und von A. Sohn-Rethel sind mit einer ersten rezensionsartigen Darstellung für die weitere Faschismus-Diskussion noch längst nicht ausgeschöpft; diese soll aber erweisen, daß Ansätze dieser Art sehr wohl geeignet sind, die marxistische Diskussion über den Faschismus auch auf ihrem aktuellen Niveau theoretischer Auseinandersetzung voranzubringen. Der Stand dieser Diskussion ist immer noch durch die empfindliche Lücke gekennzeichnet, die zwischen Theoriebildung (oft lediglich auf der Ebene kategorialer Konstruktionen) und mosaikartiger empirischer Geschichtsforschung klafft. Dieser Mangel kennzeichnet auch in spezifischer Weise die Faschismus-Forschung in der DDR, die zwar, weil an den Quellen sitzend, in bemerkenswert hohem Maße empirisch gesättigt, in ebenso hohem Maße aber noch immer der Faschismus-Definition des VII. Weltkongresses verpflichtet ist. Dies hat zur Folge, daß die Entwicklung der Faschismus-Diskussion von Komintern und KPD vor 1935 mit all ihren verhängnisvollen Konsequenzen für den antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse noch nicht umfassend kritisch aufgearbeitet worden ist. Auch bleiben die empirischen Forschungsergebnisse merkwürdig folgenlos für die nach wie vor recht pedantische Begriffsdiskussion, die sich überwiegend mit der Vorstellung vom Faschismus als einer direkten Agentur des Monopolkapitals zufrieden gibt.

Zum zweiten soll gezeigt werden, welche Mängel und zum Teil verhängnisvollen Fehler in der aktuellen, vor allem von den studentischen Zirkeln geprägten Faschismus-Diskussion zu Tage treten, wenn man deren Ergebnisse mit den zeitgenössischen Analysen des wirklichen Faschismus in Deutschland vergleicht. Aus diesen Fehlern und Mängeln ergeben sich abschließend einige kritische Folgerungen, die sowohl den Anspruch dieser studentischen Zirkel, als auch die

weitere Orientierung einer Realanalyse der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen betreffen, auf die sich sozialistische Gruppen in der BRD auf absehbare Zeit in ihrer politischen Praxis einzustellen haben.

II. Die Faschismus-Analyse der KPO

Die Faschismus-Analyse der KPO ist für die aktuelle Diskussion unter doppelten Gesichtspunkt von Bedeutung. Zum ersten ist der theoretische Ansatz, der im allgemeinen der Person A. Thalheimers zugeschrieben wird, für die *Geschichte der Arbeiterbewegung* wichtig, weil sowohl die analytischen Bestimmungen des sozialen Ursprungs der faschistischen Bewegung und ihrer Funktion für die bürgerliche Gesellschaft als auch die Einschätzung der Konsequenzen einer faschistischen Diktatur für die Arbeiterklasse, wie sie im Rahmen der Diskussion der KPO herausgearbeitet wurden, weit realitätsgerechter ausgefallen sind als die entsprechenden Einschätzungen der dominierenden Arbeiterparteien in der Endphase der Weimarer Republik.

Zum zweiten erscheint in der *marxistischen Faschismus-Diskussion von heute* die damals entwickelte Analyse der faschistischen Diktatur und ihrer Entstehungsbedingungen als ernstzunehmender Ausgangspunkt für eine umfassende materialistische Theorie, die den komplexen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus einerseits, zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung andererseits zu klären imstande ist.

Für die weitere Erörterung ist es wichtig, beide angeführten Aspekte deutlich auseinanderzuhalten, weil die Rezeption der KPO-Analysen anhand der bislang veröffentlichten Aufsätze (1) unter einer unzulässigen Vermischung der Bewertungskriterien gelitten hat. Insbesondere kann die theoretische Diskussion der Weimarer KPO nicht der Forderung einer im kontemplativ wissenschaftlichen Sinne voll abgesicherten Begriffsbildung und einer empirisch lückenlosen Tatsachenerfassung ausgesetzt werden. Die Perspektive und Erkenntnismöglichkeit eines Zeitgenossen der faschistischen Bewegung wie auch die aktive politische Rolle der KPO in der damaligen Zeit erlaubte, ja erforderte geradezu eine agitatorisch zugespitzte analytische Schärfe in der Beschreibung des Kampffeldes wie der Gegner der Arbeiterklasse, aus der sich klare politische Handlungsanweisungen für den Kampf gegen die faschistische Gefahr ableiten ließen.

1) Bis vor kurzem war die einzige allgemein zugängliche Arbeit der KPO die von Thalheimer schon 1928 für die Komintern-Diskussion verfaßte Skizze „Der Faschismus“, die Anfang 1930 in „Gegen den Strom“ veröffentlicht und dann in der Aufsatz-Sammlung: *Faschismus und Kapitalismus*, hrsg. v. W. Abendroth, Frankfurt a. M. 1967, erneut dokumentiert wurde. Eine breitere Auswahl der KPO-Aufsätze über den Faschismus erschien jetzt, ebenfalls bei der EVA, unter dem Titel: *Der Faschismus in Deutschland, Analysen der KPO-Opposition aus den Jahren 1928–1933*, eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik.

Faschismus und Arbeiterbewegung – Zur historischen Bedeutung der Faschismus-analyse der KPO

Dieser politischen Notwendigkeit ist die KPO in hohem Maße gerecht geworden. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich ihre Faschismus-Einschätzung in scharfer ideologischer Auseinandersetzung mit der offiziellen KPD entwickelte, in der diese nicht davor zurückschreckte, mit bewußten Verdrehungen die theoretische und praktische Position der KPO zu diskreditieren. So hat noch 1934 E. Varga dem „Renegaten“ Thalheimer vorgeworfen, er stelle den Faschismus als die „Herrschaft einer Clique“ dar, die „auf das Kleinbürgertum und Lumpenproletariat gestützt – gegen die Bourgeoisie regiere!“ (2) Dieses Beispiel einer mit bewußten Verdrehungen arbeitenden Polemik zeigt an, wie stark die Führung der Komintern noch nach der Etablierung der faschistischen Diktatur in Deutschland daran interessiert sein mußte, Kenntnisse über die wirkliche Faschismus-Einschätzung der KPO zu unterdrücken und damit zu verhindern, daß ihre Anhänger die antifaschistische Konzeption dieser verstoßenen Gruppe mit der Politik der Komintern und der offiziellen KPD vergleichen konnten.

Denn es waren gerade die in der KPD organisierten Kommunisten, die die KPO für ihre antifaschistische Strategie gewinnen wollte, als die Diktatur des „Dritten Reiches“ noch zu verhindern war. Als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Abwehr des Faschismus galt der KPO allerdings die Aktionseinheit der kommunistischen mit den reformistisch orientierten Arbeitern. Deshalb hatte die Faschismus-Analyse der KPO innerhalb der Arbeiterbewegung eine doppelte Erkenntnis zu vermitteln. Zum einen die Erkenntnis, daß die reformistischen und kommunistischen Organisationen gleichermaßen durch die faschistische Diktatur bedroht waren und daß der geschlossene Kampf der Arbeiterklasse die einzige Möglichkeit war, der faschistischen Bedrohung erfolgreich entgegenzutreten (3). Zum zweiten die Erkenntnis, daß die Führung der Sozialdemokratie und die Führung der KPD bei der „Lähmung der Aktionskraft der Arbeiterklasse“ (4) objektiv zusammenwirkten, indem sie auf je verschiedene Weise unfähig waren, die faschistische Gefahr richtig einzuschätzen und eine der Gefährdung der Arbeiterklasse angemessene Abwehrkonzeption zu entwickeln, noch erst recht politisch durchzusetzen.

- 2) E. Varga, Die große Krise und ihre politischen Folgen – Wirtschaft und Politik 1928–1934, Moskau–Leningrad 1934, neu abgedruckt in: ders., Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt a. M. 1969, hrsg. von E. Altwater, dort: S. 363, Anmerkung 23. Entsprechende Beispiele aus der Zeit vor 1933 lassen sich massenhaft belegen. Vgl. dazu: Der Faschismus in Deutschland, insb. S. 72, 80, 85, 88, 104, 108, 117, 189. Besonders instruktiv der Aufsatz: Eine verlorene Hauptschlacht, S. 119 ff., weil hier ein abgebrochener Arbeitskampf in seiner Bedeutung für den weiteren Faschierungsprozeß interpretiert wird (im folgenden beziehen sich alle Seitenangaben *ohne Titel* auf diesen Sammelband).
- 3) Als Beispiel für eine die Bedrohung *beider* Arbeiterparteien ausdrückende Nazi-Parole sei auf die Reichstagswahl-Propaganda nach dem Reichstagsbrand verwiesen, die in der Forderung gipfelte: „Zerstampft den Kommunismus! Zerschmettert die Sozialdemokratie!“, dokumentiert in: Krummacher/Wucher (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Ihre Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, Wiesbaden 1965, S. 397.
- 4) S. 106

Im Sinne der erstgenannten Aufgabe konnte die Analyse der KPO erweisen, daß der einheitlich gegen „den Marxismus“ gerichteten Ideologie der faschistischen Bewegung in der politischen Wirklichkeit die terroristische Bedrohung beider Flügel der Arbeiterbewegung durch die faschistische Diktatur entsprach. Die theoretische Begründung dieser Einschätzung konnte deutlich machen, daß die Auffassung der offiziellen KPD und der Komintern, die den Faschismus vor allem oder sogar ausschließlich als Antwort auf die tatsächliche oder mögliche revolutionäre Offensive des Proletariats darstellten, nicht oder nur sehr verdreht aus den ökonomischen und sozialen Veränderungen der damaligen Krisenzeit des kapitalistischen Systems zu begründen war. Die praktisch-politischen Folgen einer solchen Konzeption, die sich durch die faschistische Bewegung lediglich die eigene revolutionäre Potenz bestätigen ließ, anstatt sich die defensive Situation der ganzen Arbeiterklasse vor Augen führen zu lassen, waren von allergrößter Bedeutung. Wer nämlich nicht sehen wollte, daß die faschistische Diktatur sich sowohl gegen das reformistische Hindernis auf dem Wege zur Wiederherstellung profitabler Verwertungsbedingungen der Kapitale als auch gegen die revolutionäre Gefahr richtete, die in der Risiko-Phase des Umschlags in die faschistische Diktatur akut zu werden drohte, konnte die Notwendigkeit einer Einheitsfront der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus aus den *empirisch vorhandenen* Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten gar nicht zwingend begründen (5).

Nun darf bei der Kritik an der Führung beider in der Arbeiterklasse verankerten Parteien der Weimarer Republik die Schärfe der Formulierungen, die sich gegen die KPD-Führung richten, nicht falsch gedeutet werden. Während nämlich der „Bankrott des Reformismus“ für die KPO theoretisch wie – mit den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Sozialpolitik der bürgerlichen Republik – auch praktisch schon längst erwiesen ist und dieser objektive Sachverhalt den Anhängern der SPD nur noch deutlich vor Augen geführt werden muß, steht die KPO als kritische Instanz innerhalb des revolutionären Teils der Arbeiterklasse in unmittelbarer Auseinandersetzung mit der Führung der KPD. Die Schärfe ihrer Kritik folgt in diesem Fall gerade aus der Annahme, daß sie die subjektive Verfassung des Proletariats nur direkt beeinflussen kann, wenn sie die Basis der kommunistischen Arbeiter gegen ihre realitätsblinde Führung zu mobilisieren imstande ist. Die Schärfe ihrer Kritik an der KPD-Führung erweist damit lediglich das revolutionäre Selbstverständnis der KPO und nicht etwa ihre Absicht, den sozialdemokratischen Anteil am Faschisierungs-Prozeß der Weimarer Republik zu verkleinern.

Der SPD-Führung attestiert die KPO Unfähigkeit, überhaupt einen politischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus wahrzunehmen. In dieser theoretischen Hilflosigkeit, die aus der reformistischen Scheu vor den revolutionierenden Folgen eines konsequenten anti-faschistischen Abwehrkampfes der Arbeiter-

5) Vgl. S. 62 ff., 67, 82, 101 ff., 206 f. Daß die KPO zur Kennzeichnung der sozialdemokratischen Arbeiter den Begriff der Arbeiteraristokratie recht unkritisch verwendet, kann hier nicht weiter problematisiert werden (als Beispiel: S. 62).

klasse erklärt wird (6), verharmlose die SPD nicht nur die faschistische Gefahr, sondern verfallende mit ihrer Koalitions- bzw. Tolerierungspolitik auch noch der Illusion, die faschistische Diktatur könne im Bündnis mit den politischen Kräften der Bourgeoisie aufgehalten werden (7).

Die KPD-Führung wird im Verein mit der Komintern dafür verantwortlich gemacht, daß die ökonomische und politische Krise des kapitalistischen Systems nicht zu einer revolutionären Mobilisierung der Arbeiterklasse geführt hat, sondern mithilfe einer extrem konterrevolutionären Massenbewegung im Sinne des Kapitals gelöst zu werden droht. Die KPO macht hierfür die sogenannte ultralinke Politik der Komintern seit dem VI. Weltkongreß von 1928 verantwortlich, deren Kardinalfehler in der Annahme gesehen wird, die ökonomische Krise des Kapitalismus gehe gleichsam naturgesetzlich mit der Diktatur des Proletariats schwanger, indem sie ganz automatisch die revolutionäre Offensive des Proletariats aus sich erzeuge (8). Diese illusionäre politische Linie habe die KPD sowohl daran gehindert, die von ihrer eigenen Partei enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter wirksam zu beeinflussen (9), als auch die faschistische Bewegung in ihrer entscheidenden Wachstumsphase richtig einzuschätzen (10).

Als propagandistisches Vehikel für beide verhängnisvollen Fehler kritisiert die KPO die Sozialfaschismus-Theorie, deren klassenanalytisch absurden begrifflichen Kern sie auch noch und gerade dann mit überzeugenden Argumenten zurückweist, als die agitatorischen „Überspitzungen“ dieser angeblichen Theorie von der KPD wieder abgerundet worden sind (11).

Für Thalheimer und die KPO ist die faschistische Diktatur nämlich gerade diejenige Form politischer Herrschaft, die für den Fall zum Zuge kommt, daß die nicht-terroristische Sicherung massenhafter Loyalität für die parlamentarische Demokratie auch mit Hilfe der reformistischen Arbeiterorganisationen nicht mehr gelingt,

6) Vgl. H. Brandler, in: Arbeiterpolitik vom 1. 1. 1931, S. 2: „Die SPD fürchtet . . . die revolutionäre Massenaktion mehr wie den Sieg des Faschismus.“ Vgl. auch S. 157, S. 184.

7) S. 88

8) „Die 3. Periode sollte nicht nur die ökonomische Erschütterung des Kapitalismus bedeuten, sondern ebenso den politischen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft . . . Im Laufe des Jahres 1929 wurde die ‚unmittelbar revolutionäre Situation‘, die heranreife, zum geflügelten Wort. Mit dieser Auffassung gaben aber die Theoretiker der 3. Periode die marxistische Erkenntnis von dem dialektischen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik zugunsten einer mechanistischen, ökonomistischen Betrachtungsweise auf.“ (S. 164); vgl. auch S. 68, S. 127.

9) In dieser Hinsicht wird die RGO-Politik der KPD als besonders verhängnisvoll eingeschätzt, vgl. S. 122 f.

10) V. a. S. 55 ff., S. 161 ff.

11) So insb. S. 171 ff. Studentische Positionen von heute, die die Sozialfaschismus-Theorie für eine aktuelle Anwendung auf die SPD zu retten versuchen, stützen sich dabei zumeist auf die Schrift von H. Remmele: Schritt halten! (Nachdruck des KAB Hamburg, ursprünglich erschienen in Heft 5/6 der „Internationale“ des Jahrgangs 1930). Für die Kritik der KPO an der Sozialfaschismus-Theorie ist zu beachten, daß sie sich auch auf „gemäßigte“ Versionen (die, wie Remmele, den Merker-Kurs der RGO-Politik kritisieren) bezieht und diese überzeugend widerlegen kann.

weil deren Politik des Klassenfriedens mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ihre ökonomische Grundlage eingebüßt hat (12). Deshalb sind sozialdemokratische und faschistische Bewegung geradezu einander ausschließende Instrumente für ganz entgegengesetzte Methoden bürgerlicher Herrschaft (13). Eine begriffliche Gleichschaltung von Reformismus und Faschismus verhüllt mit ihrer unterschiedlichen Funktion für die politische Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft gerade ihr jeweils spezifisches Charakteristikum. Die Rolle der reformistischen Arbeiterorganisationen bei der Vorbereitung der faschistischen Diktatur bestehe nicht etwa, wie die KPD propagierte, darin, „daß sie selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln“, sondern darin, daß sie zum einen den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen (14) und daß die SPD zum zweiten selbst „die Rolle der Exekutivgewalt steigerte, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen sie lähmte und die Machtmittel der bürgerlichen Republik ständig in den Dienst des Schutzes der kapitalistischen Ausbeutung stellte“ (14a).

Die desorientierende Wirkung der Sozialfaschismus-Theorie auf die Anhänger der KPD ergibt sich für die KPO in zwei Richtungen: Zum einen werde die wirkliche faschistische Bewegung durch den vorzeitigen und wertlosen Ausverkauf des Faschismus-Begriffs verharmlost, wenn dieser, wie im agitatorischen Gebrauch der KPD, jeden antirevolutionären Faktor, in seiner sozialfaschistischen Version also die Sozialdemokratie, kennzeichnen soll (15). Als Kehrseite dieser vom

12) Vgl. dazu die Darlegungen im 2. Teil dieses Kapitels über die KPO

13) „Wer sieht heute nicht in Deutschland, daß die Sozialdemokratie nicht vor der faschistischen Machtergreifung und Machtausübung steht, sondern das Ergebnis ihrer Koalitionspolitik einerseits die Stärkung des wirklichen Faschismus, andererseits ihre eigene fortschreitende Schwächung und Ohnmacht ist, so daß es nur eine Frage kurzer Zeit ist, daß der Mohr, der seinen Dienst getan hat, einen Fußtritt von der Bourgeoisie bekommt. Wer, der nicht blind ist, sieht nicht, daß, wie die Waagschale des Faschismus steigt, die der Sozialdemokratie sinkt? Daß die Macht des Faschismus durch die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie keineswegs der kindlichen und einfältigen Vorstellung entspricht, daß hier zwei gleiche Kräfte bewußt und planmäßig zusammenarbeiten, sondern daß hier zwei entgegengesetzte Methoden der bürgerlichen Herrschaftsmacht (nur das ist der gemeinsame Boden) gegeneinander arbeiten . . . “ – A. Th. (Thalheimer): Der „Sozialfaschismus“ in Not, Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, S. 28; vgl. auch: Der Faschismus in Deutschland, S. 62, S. 158.

14) S. 56 f.

14a) S. 154

15) In der Resolution über die Lage und Rolle der SPD (angenommen auf der V. Reichskonferenz Ende 1932) wird die SPD als die „führende Partei der bürgerlich-demokratischen Konterrevolution“ in der Kriegs- und Nachkriegszeit dargestellt (S. 152 f.) und auch die terroristische Qualität ihrer Maßnahmen gegen revolutionäre Arbeiter und die KPD benannt, um sodann hervorzuheben, daß diese Form konterrevolutionärer Gewalt keineswegs schon Faschismus sei. Denn die SPD „konnte nicht wagen, die Arbeiterorganisationen als solche zu unterdrücken. Faschismus ist Gewalt gegen die Arbeiterklasse. Aber nicht jede Gewalt gegen die Arbeiterklasse ist faschistisch. Auch die bürgerlich-demokratische Republik ist, wie die Tatsachen zeigen, der brutalsten und zügellosesten Gewalt gegen die Arbeiterklasse fähig. Der Faschismus (aber) . . . zerschlägt die vom bürgerlichen Staat unabhängigen Arbeiterorganisationen (S. 154, vgl. auch S. 57 f.).

schärfsten Gegner ablenkenden Begriffsverwendung kritisiert die KPO zu einem Zeitpunkt, da der Vormarsch der NSDAP nicht mehr zu übersehen ist, die extrem fatalistische Wahrnehmung der faschistischen Gefahr, insofern die KPD die faschistische Diktatur kurzerhand zum unvermeidlichen Durchgangsstadium auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats erklärt (16).

Zum zweiten mußte die Sozialfaschismus-Theorie bewirken, daß die Ausgangsbedingungen für die von der KPO verfochtene antifaschistische Strategie zum Zeitpunkt ihrer dringlichsten Notwendigkeit schon nicht mehr gegeben waren, weil ihre stigmatisierende Absicht und Wirkung den sozialdemokratischen Arbeitern sowohl die Lösung von ihrer Parteiführung als auch die Hinwendung zur kommunistischen Partei erschwerten.

Ohne den Hintergrund dieser Auseinandersetzungen der KPO mit konkurrierenden politischen Positionen sind die inhaltlichen Besonderheiten ihrer Faschismus-Theorie nicht hinreichend zu verstehen. Im Hinblick auf die sozialdemokratischen Arbeiter mußte sie der Anschauung der SPD-Führung entgegentreten, die faschistische Bewegung bringe authentische kleinbürgerliche Interessen zum Ausdruck und sei deshalb für das Großkapital letztlich nicht regierungsfähig, ein Erfolg des Faschismus sei überhaupt nur in ökonomisch rückständigen Ländern mit breiten kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten denkbar. Diese falsche Auffassung galt es in erster Linie dadurch zu bekämpfen, daß die KPO den Unterschied zwischen sozialer Funktion und sozialer Basis des Faschismus sowie den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Krise der kapitalistischen Gesellschaft und der politischen Krise der Republik deutlich herausarbeitete. Den kommunistischen Arbeitern mußte sie dagegen zu zeigen versuchen, daß es sich bei der faschistischen Bewegung nicht einfach um eine künstliche Schöpfung „des Kapitals“ handelte, die nur im Rahmen entsprechender Aufträge politisch agierte, sondern um ein originäres Produkt der ökonomischen Krise mit eigenständigen Machtansprüchen. Sie mußte ihnen gegenüber sodann darauf bestehen, daß die bürgerliche Herrschaft mit dem Sprung in die faschistische Diktatur einen *qualitativen Formwechsel* vollzieht, der in seiner Bedeutung für die Arbeiterbewegung gar nicht überschätzt werden kann, weil er ihre legale Existenz schlagartig zu liquidieren und die Arbeiterklasse damit in den Zustand einer artikulations- und aktionsunfähigen Klasse zurückzuwerfen droht (17). Zu diesem Zweck mußte die KPO den kommunistischen Arbeitern die Eigendynamik der faschistischen Bewegung und ihren Drang zur politischen Macht im Staate ebenso deutlich vor Augen führen wie das Schicksal der Arbeiterbewegung unter der faschistischen Diktatur mit ihrer zum Prinzip erhobenen Terror (17a). Für die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit versucht die KPO schließlich aufzuzeigen, daß die Erfolgsaussichten der faschistischen Bewegung nur im Zusammenhang mit dem tatsächlichen Zustand der Arbeiterbe-

16) Vgl. S. 57

17) S. 70, 157 f., 175 f.; vgl. dazu auch die entsprechende Darstellung bei D. Guérin, Faschismus und Kapitalismus (Auszug aus: Fascisme et Grand Capital, Paris 1936), in: Theorien über den Faschismus, hrsg. v. E. Nolte, Köln-Berlin 1970, S. 265 ff., insb. S. 267.

17a) Vgl. die Hinweise auf das Schicksal der italienischen Arbeiterbewegung, insb. S. 200 f., S. 218

wegung beurteilt werden konnten.

Damit ist die KPO – im Gegensatz zu KPD und Komintern – der Gefahr entgangen, daß ihr Klassenstandpunkt, der die Ausgangs- und Bewertungsbasis für die Analyse des Faschismus darstellt, in der verzerrten Form subjektiven Wunschdenkens in diese Analyse eingeht und die objektive Richtigkeit ihrer Interpretation des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses beeinträchtigt (18). Für die Arbeiterbewegung konnten die Erfolgsaussichten des faschistischen Gegners nur dann korrekt ausgemacht werden, wenn sie die Stärken und Schwächen ihrer eigenen Organisationen in Rechnung stellte, weil diese die Ausgangsbedingungen und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kapitaloffensive und Faschisierung ganz entscheiden bestimmten.

Für die KPO war der Zustand der Arbeiterbewegung dadurch gekennzeichnet, daß das Vertrauen der nichtkommunistischen Arbeiter zum Reformismus zwar erschüttert, ihre Zustimmung zu den Grundsätzen und Zielen des Kommunismus aber nicht im selben Maße entwickelt worden war. Die akute Schwäche der Arbeiterbewegung geht also auf ihre Unfähigkeit zur Aktionseinheit und die fortdauernde Orientierungslosigkeit ihrer führenden Kräfte gleichermaßen zurück (19). Damit erklärt die KPO die Diskrepanz zwischen der ökonomischen Krise des Kapitalismus als objektiver und dem ohnmächtigen Zustand der proletarischen Organisationen als subjektiver Seite der geschichtlichen Situation zur ausschlaggebenden Bedingung der faschistischen Diktatur, weil allein diese Diskrepanz die konterrevolutionäre und nicht revolutionären Auflösung der politischen Krise ermöglichte (20).

Die von der KPO herausgearbeitete theoretische Einschätzung des Faschismus und seiner Erfolgsbedingungen ist nicht zur materiellen Gewalt geworden, die eine

- 18) Entsprechend wird der KPD vorgeworfen, daß in ihrer Faschismus-Einschätzung „die eigene Phantasie, eigene Wünsche und Hoffnungen in bezug auf die wirkliche Lage das Instrument der Untersuchung, die dialektische Methode, ersetzen“ (S. 163).
- 19) Vgl. S. 114, 121. Die Gründe für die Fortdauer dieser Spaltung, soweit sie auf das Konto der KPD verrechnet werden müssen, werden in den Darstellungen des antifaschistischen Kampfes in der DDR-Geschichtsschreibung zu gering veranschlagt. Wo diese Seite einer kritischen Darstellung des damaligen Zustandes der Arbeiterbewegung einfach abgeschnitten wird, müssen die wirklichen Vorgänge größtenteils unverständlich erscheinen, etwa die vollständige Folgenlosigkeit des KPD-Aufrufs zum Generalstreik nach dem Preußenstreik vom 20. Juli 1932. Die negative Reaktion der reformistischen Arbeiter auf diesen Aufruf ist ohne die im August 1931 erfolgte Beteiligung der KPD an einem Volksbegehren der NSDAP zur Absetzung der Braun-Regierung gar nicht zu verstehen. Angesichts der nur ein Jahr zuvor erfolgten Unterstützung der Nazis gegen die sozialdemokratische preußische Regierung mußte dieser Aufruf zur Rettung derselben Regierung durch die Aktion der Arbeiterklasse unter Führung der KPD als bestenfalls unaufrichtig erscheinen.
- 20) Die Kritik von E. Mandel (in seiner Einleitung zu: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland, Band 1, hrsg. v. H. Dahmer, Frankfurt a. M. 1971, S. 35) an Thalheimer ist deshalb völlig verfehlt, wenn er diesem vorwirft, er habe verhängnisvollerweise die objektive Unreife des französischen Proletariats von 1850 mit der nur subjektiven Unreife der deutschen Arbeiterklasse nach dem I. Weltkrieg verwechselt. Der Belehrung, daß diese subjektive Unreife im Widerspruch zur objektiven Möglichkeit proletarischer Herrschaft gestanden habe, bedarf gerade die KPO der Weimarer Zeit keineswegs.

faschistische Diktatur in Deutschland hätte verhindern können. Denn empirisch gesehen war die KPO eben nicht *die* Partei des Proletariats, als deren ideeller Stellvertreter sie sich in ihren theoretischen Äußerungen zum Teil darstellte. Vielmehr kam die KPO im nationalen Maßstab selten über die Rolle eines teilnehmenden, über die eigenen Aktionsmöglichkeiten zunehmend verzweifelnden Beobachters des Faschisierungsprozesses hinaus. Aus der historischen Distanz beeindruckt sie entsprechend mehr durch die Stärken ihrer Analyse und ihrer Kritik an den großen Arbeiterparteien als durch die sehr begrenzten Resultate ihrer praktisch-politischen Bemühungen (21).

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung wirft die beeindruckende Überlegenheit der theoretischen Arbeit der KPO die Frage auf, auf Grund welcher historischen Entwicklungen und aktuellen Konstellationen die praktische Fähigkeit, das Proletariat wirklich zu organisieren und die theoretische Fähigkeit, seine Kampfbedingungen richtig zu analysieren, in dieser entscheidenden Epoche der deutschen Arbeiterbewegung in so eklatanter Weise auseinandergetreten sind. Deshalb bedarf auch für die aktuelle politische Diskussion diese Diskrepanz einer umfassenden und in die Entstehungsbedingungen der deutschen KP zurückreichenden Erklärung (22).

Faschismus und Kapitalismus – Zur Aktualität der KPO-Analyse für die marxistische Faschismustheorie

Eine ganze Anzahl von Autoren, die theoretisch wie empirisch die marxistische Faschismus-Analyse weiterzuentwickeln versuchen, beziehen sich heute auf Thalheimers Konzeption als einen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen oder knüpfen unausgesprochen an diese an (23).

Die zeitgenössische KPO-Analyse des Faschismus haben diese Autoren in ihrem ganzen Umfang allerdings genausowenig aufgearbeitet wie diejenigen, die Thalheimers Ansatz aus unterschiedlichen Gründen kritisieren. Im Zentrum der marxistisch orientierten Kritik steht dabei zumeist der Vorwurf, Thalheimer übertrage einfach die Bonapartismus-Analyse, wie Marx sie in den Frankreich-Schriften entwickelt hat (24) auf den Faschismus, versuche also ohne eine

21) Vgl. dazu: K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Meisenheim/Glan 1964, insb. S. 302 ff.

22) Vgl. dazu die Ansätze bei S. Heilmann/B. Rabehl, Die Legende von der „Bolschewisierung“ der KPD, in: Sozialistische Politik, Heft 9 und 10 (1970/71), sowie B. Rabehl, KPD und Kommunistische Internationale – der Einfluß der Komintern auf Theorie und Taktik der KPD zwischen 1920 und 1929, Vortrags-Manuskript (vervielfältigt), Heidelberg, Nov. 1972.

23) J. Agnoli, Zur Faschismus-Diskussion (II), Berliner Zeitschrift für Politologie, 9. Jg., Nr. 4 (1968); B. Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion, Sozialistische Politik Nr. 3 (1969), S. 52 ff.; W. Abendroth, Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument Nr. 58 (1970); R. Kühnl, Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, ebd.

24) So explizit E. Mandel, a. a. O., S. 35; ähnlich, aber vorsichtiger formulieren R. Griepenburg/K. H. Tjaden, Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41 (1966), S. 472; besonders unsinnig überzogen R. Opitz, Über Faschismus-Theorien und ihre Kon-

Klassenanalyse seiner eigenen Zeit auszukommen und verzichte insbesondere darauf, die ökonomischen Grundlagen des von ihm beschriebenen Faschisierungsprozesses zu untersuchen.

Der Vorwurf der unzulässigen Parallelisierung, von dem alle diese kritischen Einwände ausgehen, kann zunächst nur vor dem Hintergrund der oben geschilderten politischen Zusammenhänge angemessen beurteilt werden. Sowohl die Sozialfaschismus-These als auch die auf dem VI. Weltkongreß der Komintern geprägte Faschismus-Auffassung verdeckten im Urteil der KPO die qualitativ neuen Gefahren, die der Arbeiterbewegung durch den Faschismus drohten. Deshalb mußte die KPO vor der prinzipiellen Möglichkeit einer terroristischen Diktatur warnen, die nicht der direkten Befehlsgewalt der Bourgeoisie untersteht und zu diesem Zweck an das historische Beispiel der bonapartistischen Diktatur erinnern. Mit der Berufung auf die „Autorität“ von Marx konnte Thalheimer, von dem der Anstoß zu diesem Vergleich ausging, zeigen, daß die hermetische Gleichsetzung von sozialer Herrschaft und politischer Direktionsgewalt der Bourgeoisie die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit verzerrt darstellen und damit ihre Erklärung gerade verhindern kann. Von der historischen Möglichkeit einer Verselbständigung der politischen Gewalt auf die drohende Wirklichkeit einer terroristischen Diktatur in Deutschland zu schließen, erforderte jedoch mehr, als die Frankreich-Schriften von Marx in Erinnerung zu rufen. Daß Thalheimer beide Aufgaben in gewisser Weise miteinander verschränkt hat, erklärt zu einem guten Teil die Mißverständnisse, die seine Schriften auch heute noch auslösen.

Dabei gilt für die Faschismus-Diskussion ganz allgemein, daß eine Parallele zu den Frankreich-Schriften, für sich genommen, als illustrierendes Hilfsmittel überhaupt kein methodisches Problem darstellt. Nur wenn die Parallele als solche schon eine Erklärung zu geben beansprucht, wird das Verfahren methodisch unhaltbar. Die entscheidende Frage für die Fruchtbarkeit der KPO-Analyse lautet also: sind die Klassenverhältnisse, die nach Thalheimer die faschistische Bewegung, und sind die politischen Verhältnisse, die die Gefahr einer faschistischen Diktatur hervorbringen, lediglich eine durchgepauste Beschreibung der Klassenverhältnisse im Frankreich des 19. Jahrhunderts, oder versucht er aufgrund einer Analyse der durch die ökonomische Entwicklung bestimmten Klassenverhältnisse der Weimarer Republik

sequenzen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 15. Jg. 1970, S. 1267 ff., insb. S. 1280. In diesem Punkt treffen sich die genannten Autoren mit bürgerlichen Kritikern (z. B. P. Lange, E. Nolte, W. Schieder, W. Weingartner). Dem kleinsten gemeinsamen Nenner dieser Thalheimer-Kritik liegt allerdings ein gemeinsamer entscheidender Mangel zugrunde. Ganz offensichtlich beziehen sie sich nur auf den frühen Thalheimer-Aufsatz „Über den Faschismus“ (vgl. Anm. 1), der schon seines frühen Entstehungsdatums wegen nur als Skizze der Faschismus-Problematik gelten und sich daher auch gar nicht ausführlich mit den deutschen Verhältnissen beschäftigen kann. So plausibel der Vorwurf der zu einfachen Parallelisierung erscheinen kann, wenn man ihn nur auf diesen Aufsatz bezieht, so deutlich schützt sich Thalheimer gerade in diesem ersten Entwurf gegen eine vorschnelle Bewertung, wenn er einleitend schreibt, es sei gar nicht seine Absicht, schon „fertig zugeschnittene Formeln“ für eine Analyse des Faschismus zu liefern, „vielmehr wolle er lediglich auf Gesichtspunkte für eine endgültige Formulierung“ hinweisen. Vgl.: Der Faschismus in Deutschland, S. 28.

eine für deren Endphase zutreffendes politisches Kräfteverhältnis zu beschreiben, das eine dem Bonapartismus lediglich verwandte Form der verselbständigten politischen Diktatur hervorbringt? Eine Antwort auf diese Frage kann nur aus der Untersuchung der KPO-Schriften in ihrem gesamten Umfang gewonnen werden, die bei der Darstellung der ökonomischen Entwicklung zu beginnen hat.

Der Vorwurf an die Faschismus-Analyse der KPO, sie hänge ökonomisch sozusagen in der Luft, vergißt zunächst zu berücksichtigen, daß Thalheimer, Brandler und andere Mitglieder der KPO sich schon im Rahmen der frühen Faschismus-Diskussion auf KPD- und Komintern-Ebene (1922/23) bemüht haben, den Faschismus als Produkt der ökonomischen Entwicklung der Nachkriegsepoche des Imperialismus zu analysieren und seine Bedeutung für die Perspektive der Klassenkämpfe in Deutschland zu bestimmen (25). Insgesamt kann gesagt werden, daß die KPO und Thalheimer die Kontinuität dieser sehr wohl ökonomisch fundierten Diskussion der frühen Komintern, deren Höhepunkt – auch der Qualität der Analyse nach – im Juni 1923 erreicht war, sehr viel eher repräsentiert und weitergeführt haben als die nachfolgenden Theoretiker der KPD, deren schwankender und von einer kontinuierlichen theoretischen und empirischen Analyse abgelöster, im Grunde also opportunistischen Faschismus-Einschätzung sie – wie oben dargestellt – entschieden entgegengetreten ist (26).

Thalheimer konnte sich somit in seinen einleitenden Beiträgen zur Faschismus-Diskussion der KPO auf ein theoretisches Verständnis in den Köpfen seiner Leser beziehen, dessen ökonomische Dimension sich am Inhalt der theoretischen Zeitschrift und der Tagespublikationen der KPO breit dokumentieren läßt. Vor allem aber belegt der Inhalt der in „Gegen den Strom“ publizierten Beiträge zur Faschismus-Diskussion in ausreichendem Maße, daß die ökonomische Entwicklung, d. h. insbesondere die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise, den Ausgangspunkt der Analyse und Darstellung des Faschierungsprozesses in Deutschland darstellt. Dies ist in doppelter Hinsicht der Fall. Zum einen, weil die ökonomische Krise das soziale Potential für eine faschistische Bewegung vor allem in den Mittelschichten aktualisiert (27), zum zweiten weil sie den objektiven Zwang für eine Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse setzt, deren schon 1930 über die Grenzen der Weimarer Verfassung hinweggehende politische Dynamik die sich ständig verschär-

25) Vgl. insb. den Beitrag Thalheimers: Zwischen Jena und Leipzig, in: Die Internationale, 6. Jg. 1923, S. 33 ff. Zur Zuschreibung dieses anonym erschienenen Aufsatzes vgl. Tjaden, a. a. O., S. 272.

26) Die politische Unfähigkeit, den Faschismus richtig einzuschätzen, wird in der KPO-Literatur vor allem auf die Verselbständigung der Partei-Bürokratie gegenüber der eigenen Basis und auf ihre Unselbständigkeit gegenüber Komintern und KPdSU zurückgeführt. Daß diese Tendenzen sich gegen die Mitgliedschaft durchsetzen konnten, wird durch die enorme Fluktuation der Mitglieder begünstigt, d. h. dadurch, „daß ein großer Teil der Mitglieder erst kurze Zeit in der Partei, politisch ungeschult und unerfahren ist, die Entwicklung der KPD, der kommunistischen Politik und Taktik nicht kennt und vor allem ahnungslos hinsichtlich der Geschichte der ultralinken Politik und ihrer Fehler ist“ (S. 162).

27) Vgl. insb. die Aufsatz-Reihe von K. Schreiner, Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 3 ff.

fenden Reproduktionsschwierigkeiten der deutschen Kapitale auf die politische Ebene übertrug (28).

Die besonders tiefgehenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland werden dabei zutreffend aus den besonders ungünstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen auf dem Weltmarkt erklärt, die das politische Ergebnis des I. Weltkrieges darstellen. Denn die im Vergleich mit den wichtigsten Weltmarktkonkurrenten durch die Friedensbedingungen reduzierte stoffliche Produktionsgrundlage der deutschen Kapitale, die Teilung der Profite mit den internationalen Finanziers der „geborgten“ nationalen Konjunktur der Stabilisierungsperiode, der extreme Exportzwang infolge verkleinerten Binnenmarktes und umfangreicher Reparationsverpflichtungen, dem die deutsche Wirtschaft bei sinkenden Weltmarktpreisen und zunehmender Tendenz zu zollpolitischen Beschränkungen des Welt Handels immer weniger nachkommen kann; all diese Faktoren verschärfen vor allem für die deutsche Schwerindustrie den Widerspruch zwischen aufgebauten Produktionskapazitäten, die die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren durch verbilligte Massenproduktion heben sollten, und ständig abnehmenden Absatzmöglichkeiten (29).

Dieser extremen Bedrohung der Reproduktionsfähigkeit der deutschen Schwerindustrie konnte nur eine ebenso extreme Gegenstrategie begegnen. Die Kosten dieser – nach Ansicht der KPO zunächst noch auf verstärkten Export setzenden – Gegenstrategie samt den Kosten für die Erhaltung des politischen Bündnisses mit den deutschen Großagrariern (mithilfe staatlicher Subventionen) versuchten die politischen Exponenten der Bourgeoisie seit dem Ende der Großen Koalition auf Arbeiterklasse, Kleinbauern und städtische Mittelschichten abzuwälzen. Hier liegt in der Analyse der KPO der Schnittpunkt beider Wirkungen der Weltwirtschaftskrise, an dem sich seine politischen Konsequenzen als Faschisierungsprozeß in Bewegung setzen. Während sich die sozialen Auswirkungen auf das Lebensniveau der breiten Massen ständig verschärfen und vor allem die Mittelschichten der faschistischen Bewegung in die Arme treiben, muß die politische Offensive gegen die Arbeiterklasse an einem bestimmten Punkt den Rahmen der bürgerlichen Demokratie sprengen, insofern deren Funktionieren an die „willige Gefolgschaft des Kleinbürgertums und mindestens der ausschlaggebenden Teile der Arbeiterklasse“ gebunden ist (30). Dieser Punkt ist erreicht, „wo die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse . . . von der Bourgeoisie zurückgenommen werden müssen, weil die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterklasse so gesteigert werden muß, daß sie mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Rechte für die Arbeiterklasse nicht mehr verträglich ist.“ (31)

Der Angriff auf das erreichte Lebensniveau der Arbeiter erfolgt dabei an allen Fronten: auf das Lohnniveau, das bei Massenarbeitslosigkeit besonders leicht zu reduzieren ist, in Form von Steuererhöhungen, neuen Agrarzöllen, Kürzung von

28) Eine Stelle für viele: S. 147

29) S. 52 ff., S. 61 f., S. 83, S. 92 ff., S. 128

30) S. 53

31) S. 82 f.

Arbeitslosen- und Krankenversicherung, bei den Gemeindefinanzen mit den entsprechenden Folgen für die kommunale Wohlfahrtsfürsorge etc. (32). Als Träger einer die sozialpolitischen Errungenschaften wie die demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung liquidierenden Politik kommt aber nur eine Bewegung in Frage, die selbst über eine so beträchtliche Massenbasis verfügt, daß sie zur terroristischen Ausschaltung der Arbeiterklasse und zur Beseitigung der bürgerlichen Demokratie nicht nur bereit, sondern auch in der Lage ist. Die klarste begriffliche Fassung, welche die Faschismus-Diskussion der KPO hervorgebracht hat, legt den ökonomischen Antrieb dieser politischen Dynamik zur faschistischen Diktatur eindeutig fest, wenn sie definiert: „Der Faschismus ist nicht die Herrschaftsform des Monopolkapitals überhaupt. Er ist aber die Herrschaftsform des Monopolkapitals, wenn dieses . . . in der Epoche seines Niederganges gezwungen ist, mit der Politik politischer und wirtschaftlicher Konzessionen an größere Teile der Arbeiterklasse Schluß zu machen.“ (33)

Mit dieser schlüssigen Formel des Zusammenhangs von ökonomischer und politischer Krisen-Entwicklung ist nicht etwa belegt, daß die ökonomischen Einschätzungen der KPO immer richtig und widerspruchsfrei ausgefallen sind (34). Insbesondere scheinen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vor dem Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen im Sommer 1931 noch nicht in ihrer vollen Tragweite erkannt worden zu sein. Dies hat zur Folge, daß die schon früh konstatierte Kapital-Offensive tendentiell moralisierend als Summe individueller Unternehmer-Willkür dargestellt wird und nicht als politische Antwort auf den Zwang der krisenhaften Entwicklung auf Weltmarktebene (35). Entscheidend bleibt aber, daß in der politischen Analyse der KPO und in ihrer antifaschistischen Agitation der Zusammenhang zwischen den sozialen Wirkungen der ökonomischen Krise und den wachsenden Chancen einer faschistischen Diktatur durchgehend klar benannt wird (36).

Eine genaue Übersicht über die Analyse des Faschisierungsprozesses in Deutschland, wie sie von der KPO geleistet wurde, entkräftet nicht nur den Vorwurf, ihr fehle das ökonomische Fundament, sondern auch die Unterstellung, ihre der Marxschen Bonapartismus-Analyse entlehnten erklärenden Kategorien seien, da historisch unausgefüllt, dem Faschismus-Problem lediglich von außen angedient. Der Vorwurf einer unzulässigen Übertragung der Marxschen Analyse wäre nämlich nur dann aufrechtzuerhalten, wenn Thalheimer und die KPO (1.) den unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand vernachlässigt hätten, auf dem die historische Gesellschaftsverfassung des bonapartistischen Frankreich bzw. der

32) Vgl. S. 128

33) Vgl. Peregrinus, Zur Kritik des Gen. Moeller, Gegen den Strom, 3. Jg. 1930, S. 377

34) Vgl. Tjaden, a. a. O., S. 153 f.

35) So wird (S. 52) der „Druck des Trustkapitals“ als selbständig treibendes Moment angegeben, das durch die Konjunktur lediglich verschärft wird, und noch 1930 (S. 102) spricht Thalheimer vom Bedürfnis der Bourgeoisie, ihre wirtschaftliche Stärke weiter zu befestigen; vgl. auch S. 147.

36) Vgl. S. 190 und als Beispiele aus der „Arbeiterpolitik“: 14. 12. 1929, S. 2; 1. 1. 1931, S. 2.

Weimarer Republik jeweils gründet, und (2.) die von Marx zunächst nur übernommene Erklärungsformel für die faschistische Diktatur – das nicht-mehr-Fähigsein der Bourgeoisie und das gleichzeitige Noch-nicht-Fähigsein der Arbeiterklasse zu selbständiger politischer Herrschaft – nicht in einem für das Ende der Weimarer Zeit spezifischen Begründungszusammenhang entwickelt hätten. Beide Unterstellungen treffen nicht zu. Schon in Thalheimers erster Äußerung über die Ursachen und die Bedeutung des Faschismus (37) stellt er den ganz und gar unterschiedlichen Entwicklungsgrad der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend in Rechnung, was auch durchgängig in den ökonomischen Analysen der KPO von 1930–1933 zu belegen ist (38). Und die Unfähigkeit der Arbeiterklasse zur selbständigen Klassendiktatur ist für die KPO im vorfaschistischen Deutschland nicht aus den – wie im Frankreich des 19. Jahrhunderts fehlenden – materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus erklärbar (39), sondern vielmehr aus den besonderen und ausführlich analysierten subjektiven Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung.

Während, wie sich gezeigt hat, die Kritik in dieser Hinsicht eindeutig auf den mangelnden Überblick über die gesamte Faschismus-Diskussion der KPO zurückzuführen ist, lassen sich die Einwände gegen eine zentrale Kategorie dieser Diskussion, welche die These von der tendentiellen Verselbständigung der Exekutivgewalt begründet, nicht ohne weiteres aus Kenntnislücken erklären. Ohne daß dieses Thema erschöpfend behandelt werden kann, sei hier kurz auf einige Punkte hingewiesen, an denen sich die Verselbständigungs-These mit den Fragestellungen in der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion berührt (40).

Diejenigen Autoren, die in enger Anlehnung an die Definition der Komintern die faschistische Diktatur als *direkte* Kapitalsherrschaft begreifen, haben im allgemeinen Schwierigkeiten, zu erklären, warum die deutsche Bourgeoisie der faschistischen Bewegung nicht schon in einem früheren Stadium der Wirtschaftskrise in ihre staatlichen Machtpositionen verholfen hat. Die Tatsache, daß die faschistische Diktatur, wie nachgewiesen werden kann, im Willensbildungsprozeß der bestimmenden Kreise dieser Bourgeoisie nicht allseits befürwortete und als politische Sicherung ihrer sozialen Herrschaft erst zuallerletzt „riskiert“ worden ist, findet demgegenüber in der zeitgenössischen Analyse der KPO eine durchaus plausible Erklärung.

Aus den Arbeiten der KPO lassen sich nämlich zwei notwendige, aber jeweils

37) Zwischen Jena und Leipzig, a. a. O.

38) Indem er feststellt: „Im Gegensatz zu dem Frankreich von 1848 besteht das Illusionäre der deutschen Räterepublik von 1918/19 nicht in den ungenügenden wirtschaftlichen Voraussetzungen. Während in dem Frankreich von 1848 die Entwicklung der großen Industrie bei weitem noch nicht für den Übergang zum Sozialismus ausreichte, waren in dem Deutschland vom November 1918 die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus vollständig vorhanden.“ (a. a. O., S. 35)

39) Entfällt

40) Die wichtigsten Positionen in dieser Kontroverse haben E. Czichon und T. Mason unter dem Feldzeichen des „Primats der Ökonomie“ bzw. des „Primats der Politik“ bezogen. Vgl. insb. ihre Beiträge in den Argument-Heften 41 und 47.

für sich nicht hinreichende Voraussetzungen für den Umschlag in die faschistische Diktatur herausarbeiten:

1. die schrittweise Abnutzung der vor-faschistischen Herrschaftsreserven in der politischen Krise am Ende der Weimarer Republik,
2. die zunehmende Unterstützung der faschistischen Bewegung durch die politisch maßgeblichen Kreise der Bourgeoisie.

Für den ersten Vorgang unterstellt die KPO der Bourgeoisie in ihrer politischen Zusammenfassung eine durchaus ohnmächtige Willensqualität, d. h. sie unterscheidet zwischen subjektivem Wollen und objektiven Resultaten der politischen Handlungen bürgerlicher Politiker. Demnach ist es falsch, der Bourgeoisie als handelnder Klasse einen aktiven Verschleiß der demokratischen Verfassung und eine bewußte Diskreditierung der sogenannten Präsidialkabinette zu unterstellen. Diese sich zwangsläufig aber ungesteuert entwickelnde „Krise der demokratischen Herrschaft“ verstärkt ihrerseits laufend sowohl die Gefolgschaft der Faschisten als auch die Überzeugung wachsender Teile der Bourgeoisie, die faschistische Diktatur sei letztlich der einzige für sie gangbare Asuweg aus der Krise. In diesem Sinne lehnt die KPO es auch ab, von einer Art freiwilligen Machtabgabe der Bourgeoisie zu sprechen. Es komme nicht darauf an, was die Bourgeoisie wolle, „sondern was sie unter bestimmten Bedingungen muß, d. h. wozu ihre eigenen Zwecke und die Konsequenzen ihrer Handlungen, die sie unternimmt, um diese Zwecke durchzusetzen, sie kraft ihrer inneren Logik führen.“ (41) In dem Maße, in dem die politische Sicherung bürgerlicher Herrschaft schwieriger wird, entwickelt sich demnach die Möglichkeit, daß die objektive politische Entwicklung sich von der bewußten Willensartikulation der herrschenden Klasse abhebt und Alternativen herausbildet, die auch der politischen Repräsentanz der Bourgeoisie nur noch die Wahl des jeweils „kleineren Übels“ belassen, das gleichwohl als Übel erscheinen kann.

Im Laufe einer solchen Entwicklung zerschlagen sich alle schlaue und weisenden Überlegungen der bürgerlichen Politiker und Kapital-Strategen, wie die faschistische Bewegung zur Einschüchterung der Arbeiterklasse eingesetzt werden kann, *ohne* ihre wesentliche staatliche Machtpositionen auszuliefern (42). Dennoch bedarf natürlich die Auslieferung der politischen Macht an die faschistische Parteiführung als letzter Akt einer weder strategisch geplanten noch kontrollierbaren Gesamtentwicklung auch in den Augen der KPO der bewußten Zustimmung der politisch ausschlaggebenden Teile der Bourgeoisie. Die Zustimmung zu einer politischen

-
- 41) S. 84, vgl. auch S. 69, 105. Diese Auffassung entspricht dem von Wolfgang F. Haug in der Veranstaltung der studentischen Initiativgruppe am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin (Nolte-Hearing) im Januar 1973 vorgebrachten Postulat, sich bei der Erklärung des deutschen Faschismus mehr auf „den Kapitalismus“ als auf „die Kapitalisten“ zu beziehen.
 - 42) Vgl. die Darstellung für den italienischen Faschismus, S. 84. Die entsprechenden Versuche, einen Reichskanzler Hitler mit einem Kreis konservativer Berufspolitiker zu umstellen, erscheint im Januar 1933 nur noch als müder Reflex solcher Bemühungen, die faschistische Diktatur ihrerseits durch Repräsentanten der Bourgeoisie unter politischer Kontrolle zu halten.

Herrschaftsform, die mit den demokratischen Rechten für die Arbeiterklasse diese allgemein für alle Klassen aufhebt (43) und mit den Organisationen der Arbeiter auch die offizielle politische Repräsentanz der herrschenden Klasse verbietet, setzt allerdings in den Reihen der Bourgeoisie die verbreitete Überzeugung voraus, daß die Führer der faschistischen Bewegung entgegen ihres offiziellen Programms und der Erwartungen ihrer Anhänger als politische Machthaber die sozialen Machtverhältnisse im Interesse des Kapitals garantieren.

Die KPO geht somit davon aus, daß die faschistische Bewegung der Chance ihrer politischen Diktatur um so näher kommt, je eindeutiger und entschiedener sie das Klasseninteresse der großen Bourgeoisie zu vertreten verspricht. Den Widerspruch zwischen kleinbürgerlichem Parteianhang und großbürgerlicherseits von ihr erwarteter sozialer Funktion kann die NSDAP nur dadurch auflösen, daß sie zum terroristischen Garanten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird, d. h. mit ihrem Machtantritt die Verwertungsbedingungen des Kapitals auch auf Kosten des eigenen Massenanhangs schlagartig verbessert. Die Entwicklung, welche die politische Funktion der faschistischen Bewegung auf ihren einzigen im Kapitalismus lebensfähigen Sinn zurückführt, tritt in der Analyse der KPO im November 1932 in ihr entscheidendes Stadium, also gerade nach den Wahlen, in denen die NSDAP trotz merklich radikalisierten Auftretens (auch für die „Interessen der Werktätigen“, etwa im BVG-Streik) einen beträchtlichen Teil ihres Wähleranhangs einbüßte. Die Faschismus-Analyse der KPO bewährt sich auch jetzt – gerade im Vergleich mit Kommentaren aus SPD und KPD zum Ausgang der November-Wahlen – weil sie die Chancen einer faschistischen Diktatur durch diese reduzierte Basis der NSDAP keineswegs entscheidend beeinträchtigt sieht. Denn gerade die Tatsache, daß die Partei des Faschismus ihre politische Aufgabe als Träger der Diktatur schließlich erst jenseits des Höhepunktes ihrer Fähigkeit, die kleinbürgerlichen Massen zu mobilisieren, übertragen bekommt, zeigt an, daß ihre soziale Funktion die wirklichen oder vermeintlichen Interessen ihrer sozialen Basis vollständig negiert.

Aus alledem ergibt sich eindeutig, daß es gerade der gesellschaftlich allein mögliche *soziale Inhalt* der faschistischen Diktatur ist, der ihre politischen Dienste für das Großkapital zunehmend interessant macht. Autoren, die die Faschismus-Einschätzung der KPO in die Nähe von bürgerlichen Konzeptionen zu rücken versuchen, die die faschistische Diktatur als Herrschaft des Kleinbürgertums, ihre Klassenpolitik demnach als Resultat der „Verschmelzung verschiedener sozialer Inhalte“ darstellen (45), verfälschen diese – bewußt oder unbewußt – in ihrem klassenanalytischen Kern.

In besonders windschiefer Weise versucht R. Opitz Thalheimers Ansatz ausgerechnet als Variante der Totalitismus-Doktrin darzustellen. Die perfide Arroganz, die zu einem solchen Unternehmen gehört, wird allerdings von seiner Ignoranz der wirklichen Einsichten der KPO über den Faschismus noch übertroffen, die sich schon an der grotesk verkürzten Darstellung der angeblich von Thalheimer

43) S. 103

44) S. 184 ff.

45) So R. Opitz, a. a. O., S. 1282

„gleichgesetzten“ Attribute von Bonapartismus und Faschismus ablesen läßt (46). In seinem Eifer, Thalheimer einen „verhältnismäßig hohen Grad von Schwachsinn“ (47) nachzuweisen, konstruiert Opitz – über Thalheimers Parallelen weit hinausgehend – eine Entsprechung zwischen dem „sozialen Inhalt“ der bonapartistischen Machtergreifung, als den er fälschlicherweise das Klasseninteresse der französischen Parzellenbauern unterstellt – während diese doch nur die soziale Basis der bonapartistischen Wählerschaft stellen und Napoleon III gerade nicht ihre wirklichen, also gleichzeitigen Interessen, sondern nur ihren „Aberglauben“, ihr „Vorurteil“ und ihre „Vergangenheit“ repräsentiert (48) – und dem „objektiven Interesse“ einer Klasse, das die faschistische Partei vertritt. Aus der Tatsache, daß Thalheimer nichts über ein solches „objektives Klasseninteresse“ der faschistischen Parteigänger aussagt, macht ihm Opitz auch noch den Vorwurf, seine Theorie sei ein einziges Windei, eben weil sie kein dem Interesse der Parzellenbauern paralleles Interesse einer bestimmten Klasse an der faschistischen Diktatur herausgefunden habe. Hätte Opitz die KPO-Schriften wirklich studiert, wäre er alsbald darauf gestoßen, daß gerade die *Kapitalherrschaft* als sozialer Inhalt der faschistischen Diktatur nachgewiesen wird, ihre Erscheinungsform aber – ganz im Sinne einer Opitzschen Forderung (49) – nur aus dem Widerspruch zwischen sozialer Funktion und sozialer Basis zu verstehen ist.

In der Terminologie der KPO stempelt aber diese *Form* der verselbständigten politischen Diktatur die faschistisch praktizierte Klassenherrschaft zu einer lediglich *indirekten* Diktatur des Kapitals. Diese indirekte Form folgt notwendig aus der Tatsache, daß die Herrschaftsinteressen des Großkapitals in der ökonomischen und politischen Krise der 30er Jahre in Deutschland nur noch mit Hilfe von politischen Mitteln realisiert werden können, die den politischen Exponenten der Kapitalinteressen weder direkt zur Verfügung stehen, noch nach Belieben von ihnen erzeugt werden können.

Die Angewiesenheit des Großkapitals auf die politischen Mittel und Methoden einer zwar finanziell unterstützten, aber selbständig entstandenen und organisierten politischen Bewegung, die deshalb keineswegs wie ihre Marionette funktioniert, übersehen jene Autoren, die die *indirekte* Form der Kapital-Diktatur, wie sie von der KPO behauptet wird, der Verselbständigungs-These als entscheidenden Fehler anrechnen (50). So argumentiert J. Schmierer in unkritischer Übernahme der

46) Opitz' Kritik ist lediglich Exkurs in einer an sich gut begründeten Kritik an G. Schäfers Ansatz einer Faschismus-Analyse in demselben Heft. Eine ähnliche, aber vorsichtiger formulierte Polemik entwickelt Opitz in seinem Aufsatz: Fragen der Faschismus-Diskussion, in: Argument 58, S. 280 ff., insb. S. 289.

47) Opitz, Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen, a. a. O., S. 1280

48) Vgl. MEW 8, S. 199

49) Opitz, a. a. O., S. 1269

50) Auch diese Kritik wird aus unterschiedlicher politischer Richtung vorgebracht. Während sie in der DDR-Forschung auf Grund ihres Gegensatzes zur Komintern-Auffassung über den Faschismus gang und gäbe ist, wird sie eigenartigerweise auch von einem Hauptvertreter des garantiert „marxistisch-leninistischen“ Antirevisionismus vertreten, der darin in recht unkritischer Weise an die antifaschistische Konzeption der Komintern anknüpft. deren bündnispolitische Konsequenzen er wiederum ablehnt. Vgl. J. Schmierer, Thesen

Definition des VII. Weltkongresses der Komintern, die faschistische Diktatur sei in Wirklichkeit „*direkte* Herrschaft des Finanzkapitals“ und meint, Thalheimer verwechsle lediglich „die Beseitigung der öffentlichen Vermittlungsinstanzen der Meinungsbildung innerhalb der Bourgeoisie mit der Beseitigung des direkten Einflusses der Monopolbourgeoisie auf Staat und Regierung.“ (51) So richtig dabei Schmierers Folgerung ist, die Beseitigung dieser Vermittlungsinstanzen schwäche nicht notwendig den Einfluß der Bourgeoisie, so falsch ist es, zu behaupten, mit ihrer Beseitigung in der faschistischen Diktatur habe die Bourgeoisie „die politische Macht direkt in die Hände genommen“ (51). Dies hat die Bourgeoisie gar nicht nötig, um ihre Interessen bei den ökonomisch relevanten politischen Entscheidungen durchzusetzen. Denn die Durchsetzungsfähigkeit ihrer Interessen folgt in erster Linie aus den durch die faschistische Diktatur bereinigten gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die der Kapitalseite den unschätzbaren Vorteil bieten, die Produktionsbedingungen ohne Auseinandersetzung mit einem organisierten Klassengegner diktieren zu können. Genau darauf weist gerade die KPO hin, wenn sie von der indirekten, aber *offenen* Diktatur des Kapitals spricht (52), die sich ihre Offenheit nur angesichts der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse leisten kann. Deshalb ist es analytisch falsch und politisch unergiebig das vermittelte Verhältnis von politischer Gewalt und herrschendem Klasseninteresse in der faschistischen Diktatur als *direkte* politische Herrschaft des Kapitals zu beschreiben. Eine solche Kennzeichnung drückt einen ähnlichen Fehler aus, wie die Beschränkung der Untersuchung der Beziehungen zwischen Großkapital und faschistischer Partei vor 1933 auf die kriminologische Suche nach den konkreten Figuren einer „Kapital-Verschörung“. Denn auch für den Klassencharakter einer diktatorisch gesicherten Herrschaft kommt es weniger darauf an, die positiven Einflüsse der verschiedenen sozialen Kräfte und Gruppen ihren personellen Trägern nach exakt zu verzeichnen, als vielmehr darauf, ihre politischen Entscheidungsinhalte aus den sozialen Kräfteverhältnissen, d. h. aus der Artikulations- und Aktionsfähigkeit der verschiedenen Klassenkräfte zu bestimmen.

Für die Bourgeoisie ist die politische Sicherung ihrer sozialen Herrschaft nicht mehr als ungeteiltes und zugleich unmittelbares staatliches Gewaltmonopol denkbar, seit die politische Arbeiterbewegung das bürgerlich-demokratische Prinzip der Herrschaft durch Mehrheit für ihre eigenen – reformistischen oder revolutionären Intentionen – beansprucht. Das Problem, bürgerliche Herrschaft politisch abzusichern, stellt sich seitdem als Frage nach der Fähigkeit, die Loyalität der nicht produktionsmittelbesitzenden Massen auf gewaltsame oder nicht-gewaltsame Weise sicherzustellen (53). Wie auch die KPO feststellte, gelang dies in der Weimarer

zur Faschismusfrage, in: Neues Rotes Forum Nr. 3, 1972, S. 7 ff., insb. S. 14 f. Es ist nachgerade überflüssig zu betonen, daß auch dieser Autor die Faschismus-Analyse der KPO höchst unzureichend kennt (vgl. Anmerkung 24).

51) Schmierer, a. a. O., S. 15

52) S. 102

53) Vgl. den von Agnoli dargestellten Zusammenhang zwischen repressiven und terroristischen Methoden der Staatsgewalt in der bürgerlichen Gesellschaft: „Wenn die Massen die Freiheit nicht wollen, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt

Republik bis zum Ende der sogenannten Stabilisierung mit Hilfe der Sozialdemokratie (54).

Jede der möglichen Methoden politischer Absicherung verursacht aber der Bourgeoisie spezifische Kosten. Gerade die „demokratische“ Form bürgerlicher Herrschaft war nicht unbeschränkte Herrschaft der Kapitalinteressen, weil sie bestimmte ökonomische und politische Zugeständnisse auf der Linie der Forderungen des Reformismus notwendig voraussetze, um ihre integrative Wirkung erzielen zu können. Die faschistische Form politischer Sicherung bürgerlicher Herrschaft erfordert demgegenüber Zugeständnisse an den neuen Garanten ihres sozialen Inhalts, die auf der Linie der Programmatik der NSDAP liegen. Da diese NSDAP im Gegensatz zur reformistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik als ihr politisches Ziel die Eroberung der staatlichen Macht verfolgt hat, liegt der politische Preis der faschistischen Diktatur für die Bourgeoisie im Verzicht auf staatliche Positionen, die eine *direkte* Anweisung und Kontrolle der politischen Direktionsgewalt institutionell garantierte. In dem Maße, in dem die faschistische Form der Herrschaftssicherung als einzige historisch realisierbare Möglichkeit bürgerlicher Herrschaftssicherung überhaupt verblieben ist, konnte sich die Bourgeoisie keine großen Gedanken mehr über die Minimierung der politischen Kosten für diese bestimmte Form ihrer Herrschaft machen (55). Das ist der Kern der Verselbständigungs-These, aus der sich zwei Probleme entwickeln lassen, die die Faschismus-Theorie und die Kontroversen im marxistischen Lager immer wieder beschäftigt haben:

1. Die Frage nach dem, was W. F. Haug den „Überschuß des Faschismus über seinen objektiven Herrschaftsauftrag hinaus“ (56) genannt hat, und dessen unzweifelhafte Existenz T. Mason zu der äußerst mißverständlichen und – wie zu zeigen sein wird – unzutreffenden Formulierung eines „Primats der Politik“ in der faschistischen Diktatur geführt hat (57). So läßt sich am Beispiel des Anti-Semitismus der NS-Bewegung, der in seiner ideologischen Ablenkungsfunktion noch vollständig dem Interesse der Bourgeoisie an der faschistischen Bindung der sich proletarisierenden Kleinbürgermassen entsprach, nach 1933 und insbesondere im II. Weltkrieg zeigen, wie sich aus einer ideologischen Eigenheit eigengesetzliche Wirkungen entfalten, die auch dann nicht einfach zurechtgestutzt werden können, wenn sie tatsächliche ökonomische Interessen tangieren (58). An Beispielen dieser Art, die zu

aktuell. Die Staatsgewalt muß jederzeit die Fähigkeit bewahren, konkret zu werden.“ J. Agnoli, Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument Nr. 41 (1966), S. 460.

54) Vgl. S. 137 ff., sowie S. 152 ff.

55) Daß dieser Preis deshalb nicht zu hoch ist, zeigt Thalheimer anhand des politischen Gewinnes für die Bourgeoisie: trotz der Steigerung des relativen Anteils der Kosten des faschistischen Staatsapparates komme für diese ein Plus heraus, „wenn der Fonds, aus dem diese Kosten bezahlt werden, der der Arbeiterklasse ausgepreßte Mehrwert noch stärker gesteigert wird. Das ist aber eben der Zweck der Übung“ (S. 84).

56) W. F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 39

57) So der Titel seines Aufsatzes, in: Das Argument 41, S. 473 ff.

58) Als Beispiele können herangezogen werden: die außenwirtschaftlichen Rückwirkungen des Antisemitismus etwa in Form eines Handelsboykotts amerikanischer Firmen, das

bestreiten die marxistische Theorie nur lächerlich machen könnte (59), läßt sich zeigen, daß bestimmte Attribute der faschistischen Diktatur als Muttermale ihrer Entstehung aus einer spezifischen sozialen Bewegung nicht einfach auszulöschen sind, ohne die Sicherungsfunktion des Faschismus insgesamt durch die Beeinträchtigung eines anderen, notwendigen Momentes ihrer Erscheinungsform zu beeinträchtigen. Damit ist zugleich gesagt, daß solche Attribute keinesfalls gegen die Hauptlinie des ökonomischen Gesamtinteresses der Bourgeoisie gerichtet sein können.

2. Die Frage nach der praktischen Möglichkeit der Bourgeoisie, die faschistische Diktatur sozusagen nach erfüllter Mission wieder abzuschaffen. In dieser Hinsicht hält es die KPO für eine der bestimmten, nicht antastbaren Eigenschaften der faschistischen Diktatur als Instrument der Kapitalherrschaft, daß man dieses eben nicht „mir nichts dir nichts zum alten Eisen werfen“ kann, weshalb es völlig falsch sei anzunehmen, „daß die Bourgeoisie die Nazis eines Tages ebenso heimschicken werde, wie einst die Sozialdemokraten“ (60).

Die Gründe für die Behauptungsfähigkeit der faschistischen Diktatur liegen für die KPO darin, daß der Faschisierungsprozeß selbst die Alternativen der faschistischen Diktatur Stück für Stück aufgezehrt und mit der Terrorherrschaft gegen die Arbeiterklasse auch die einzige politische Kraft liquidiert hat, die die faschistische Diktatur *von innen her* zu Fall zu bringen imstande ist (61). Indem also der Faschismus im Vergleich zu politischen Bedingungen, die der Arbeiterbewegung eine Entfaltung ihrer reformistischen und revolutionären Energien ermöglichte, eindeutig zum kleineren Übel für die Bourgeoisie geworden ist, hat diese selbst die Brücken hinter sich abgebrochen, die eine friedliche Rückkehr zu ihrer demokratischen Herrschaftsalternative ermöglicht: Hier ist – nach der Analyse der KPO – die Grenze für alle oppositionellen Bestrebungen gegen die faschistische Diktatur aus der Reihe der Bourgeoisie als unüberwindbares Hindernis gesetzt (62).

III. Faschismus und Weltwirtschaftskrise – Der Beitrag Sohn-Rethels zur Analyse der ökonomischen Voraussetzungen und der ökonomischen Funktion des Faschismus

Insgesamt gesehen hat die Faschismus-Analyse der KPO im Gegensatz zu anderen im Rahmen der Arbeiterbewegung entwickelten Einschätzungen zu erstaunlich realitätsgerechten Prognosen des Faschisierungsprozesses in Deutschland ge-

zur Außenwirtschaftskrise von 1935/36 beigetragen hat und die ökonomischen Aspekte der rassistischen Vernichtungspolitik gegenüber den Juden.

59) Opitz, a. a. O., S. 1274, gerät leider in die Nähe einer solchen Position.

60) Gegen den Strom, 7. Jg. 1934, Nr. 3, S. 1

61) S. 205, S. 208

62) Außerdem *will* die Bourgeoisie nach Ansicht der KPO in ihrer Masse die Nazis auch gar nicht aus der Regierung entlassen, zumal sich die faschistische Partei zunehmend „mit der bürokratisch-militärischen Maschinerie, auf der die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung beruht“, verbindet. Vgl. Gegen den Strom, 1934, Nr. 3, S. 1.

führt (63).

Als zeitgenössische Analyse konnte sie allerdings nicht alle ökonomischen Zusammenhänge übersehen, die den Faschisierungsprozeß in Deutschland aus heutiger Sicht erklären helfen. Die „unvermeidliche Vernachlässigung der gleichzeitigen Veränderungen der ökonomischen Lage“, die F. Engels schon als notwendige Fehlerquelle der Frankreich-Schriften nannte (64), hat verhindert, daß die KPO die aus der Weltwirtschaftskrise hervorgehende allgemeine Tendenz zu nationaler Autarkie-Politik als Grundzug gerade der faschistischen Wirtschaftspolitik im voraus ausmachen konnte (65) und daß ihr die unterschiedlichen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die verschiedenen Kapitalfraktionen als Erklärung für deren unterschiedlich ausgeprägtes Interesse an einer faschistischen Krisenlösung in den Blick gerieten.

Solche Lücken aufweisen, heißt in keiner Weise, die theoretische und praktische Leistung der KPO in der damaligen Zeit in Frage zu stellen. Für die Klärung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik sind mit dem Hinweis auf solche Lücken jedoch wichtige Probleme angesprochen, die einer klaren theoretischen Formulierung bedürfen, um am empirischen Material näher geklärt werden zu können. In diesem Zusammenhang wird hier nur auf zwei Punkte verwiesen, die in der oben erwähnten Kontroverse zwischen Mason und den DDR-Historikern explizit und unter der Oberfläche der explizierten Auseinandersetzung eine entscheidende Rolle spielen (vgl. Anmerkung 40).

Zum ersten bedarf die Wirkung der Weltwirtschaftskrise auf die Reproduktionsfähigkeit der Kapitale einer auf der Ebene der Weltmarktbeziehungen ansetzenden Erklärung (66), aus der die objektive Tendenz zur faschistischen Krisenlösung hervorgeht, ohne die unterschiedlichen ökonomischen Interessen und Ausgangsbedingungen der verschiedenen Kapitalfraktionen zu verdecken. Mit anderen Worten ist damit die Aufgabe gestellt, die politische Durchsetzungsfähigkeit einer bestimmten Kapitalfraktion auf ihre besonderen ökonomischen Schwierigkeiten, ihre politische Stärke also gerade auf ihre ökonomische Schwäche zurückzuführen, und damit den ohnehin problematischen Pleonasmus zu überwinden, diese Fraktion sei eben die der „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente“ des kapitalistischen Systems gewesen (67).

63) Besonders eindrucksvoll ist in dieser Hinsicht die klare Einsicht, daß sich die faschistische Terrorherrschaft in Deutschland viel schneller entwickeln wird als in Italien; vgl. S. 212 ff.

64) Vgl. MEW 22, S. 510

65) Trotz Feststellung der besonderen Schwäche der deutschen Kapitale auf dem Weltmarkt wird z. B. eine Export-Offensive (S. 93) bzw. die Wirkungen einer Konjunkturbelebung von der Weltmarktebene her als Rettung für die faschistische Wirtschaftspolitik (S. 200, 208) für möglich gehalten.

66) Vgl. Neusüß, Blanke, Altvater: Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: ProKla, Nr. 1 (1971), insb. S. 111 ff.

67) So die bekannte Charakterisierung, die vom XIII. Plenum des EKKI 1933 formuliert, seitdem die offizielle Definition der Komintern gewesen ist; zit. nach: Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Referat von G. Dimitroff, Frankfurt a. M. 1971, S. 75.

Zum zweiten bleibt genauer zu erklären, welche Funktionen die politisch maßgeblichen Instanzen der faschistischen Diktatur für den ökonomischen Reproduktionsprozeß wahrgenommen haben und wie sich diese Funktionen, etwa im Verlauf zunehmender Kriegsorientierung der deutschen Wirtschaft, entwickelt bzw. verändert haben. Mit anderen Worten bezeichnet dies die Frage nach dem Verhältnis von Ökonomie und Politik in der faschistischen Diktatur, ohne ein schematisches Primat „der Ökonomie“ oder „der Politik“ zu konstruieren und damit gerade eine analytische Erklärung ihres Zusammenhangs schuldig zu bleiben.

Für beide Fragestellungen ergeben sich wertvolle empirische Aufweise und richtungsgebende theoretische Überlegungen aus den Arbeiten von A. Sohn-Rethel, die demnächst veröffentlicht werden.

Es muß als einer der folgenreichsten Zufälle für die Faschismus-Forschung gelten, daß ein marxistisch geschulter Wissenschaftler in den entscheidenden Jahren der Faschisierung quasi ungestört (68) Einblick in wichtige interne Vorgänge und politische Überlegungen verschiedener Kapitalfraktionen erlangte und damit befähigt worden ist, die ökonomischen Interessenlage, die die politische Tendenz zur faschistischen Diktatur vorantrieb, theoretisch zu erfassen und anschaulich darzustellen (69).

Schon Sohn-Rethels im September 1932 verfaßter Aufsatz über „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“ (70) ist für die Erklärung des Faschisierungs-

68) Unter welchen Umständen ihm dies möglich wurde, schildert Sohn-Rethel, in seinem „Kommentar nach 38 Jahren“ zu seinem Aufsatz „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus“, in: Kursbuch, Berlin 1970, S. 23 ff.

69) Solche Einblicke sind offiziellen Vertretern der Arbeiterbewegung naturgemäß versagt geblieben, ein Umstand, der die empirischen Beweisschwierigkeiten marxistischer Faschismus-Analyse beträchtlich vergrößert hat. Diese forschungsstrategisch ungünstigen Ausgangsbedingungen für die politischen Gegner der Bourgeoisie hat einer ihrer schamlosesten Apologeten in einer vertraulichen, „nur zur persönlichen Information“ bestimmten Abhandlung allen Versuchen, den Zusammenhang von Kapitalinteresse und NSDAP auf der Ebene konkreter Abmachungen aufzudecken, so unverblümt wie hämisch entgegeng gehalten: „Oft genug ist ohne jedes Beibringen von Unterlagen bereits die Behauptung irgendeiner unzulässigen (!) politischen Handlung der Schwerindustrie einem Beweis gleichgestellt worden. Dabei hätte es nahegelegen, sich klarzumachen, daß wirklich vertrauliche Dinge, wie sie gerade die Befassung mit wichtigen politischen Fragen darstellt, nur in vertrautestem Kreise behandelt zu werden pflegen, ohne Hinzuziehung von Gewährsmännern industriefeindlicher Kreise und Zeitungen oder gar der kommunistischen Presse . . . Dinge, die man nicht einmal über einen ganz kleinen Kreis eigener Berufsgenossen hinaus bekannt werden ließ, hat man bestimmt nicht Außenstehenden anvertraut.“ So A. Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, Essen 1948, S. 15 f. Der Autor plaudert hier gewissermaßen aus der Schule seiner eigenen Erfahrungen, war er doch als Herausgeber des „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes“ selbst zu Beginn der 30er Jahre einer der Mittelsmänner zwischen Ruhrindustrie und faschistischer Partei. Dies belegen: F. W. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M. 1962, S. 119, Anm. 27; H. A. Winkler, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg. 1969, S. 346.

70) Erneut veröffentlicht in: Kursbuch 21, Berlin 1970, S. 17–23. Gekürzt und ohne Angabe des Verfassers ist Sohn-Rethels Aufsatz schon im Band 4 der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1966 abgedruckt worden und zwar im Anhang als Dokument Nr. 108 (S. 593 ff).

prozesses in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Die Bedeutung dieser damals für die „Deutschen Führerbriefe“, einer vertraulichen Korrespondenz großkapitalistischer Kreise, veröffentlichten Analyse liegt – jenseits ihrer inhaltlichen Aussage – in der Tatsache, daß sie unwidersprochen als authentische Darstellung der politischen Überlegungen im Sinne der profaschistischen Perspektive des Großkapitals auftreten konnte. Vor allem bestätigt Sohn-Rethel, als Dolmetscher der Kapitalinteressen verkleidet, die entsprechende Einschätzung des Zusammenhangs von Kapitalismus, Reformismus und Faschismus, wie sie von der KPO in derselben Zeit entwickelt worden ist: Die politischen Konsequenzen der ökonomischen Krise faßt er in der Notwendigkeit zusammen, den „Grenzträger“ der bürgerlichen Herrschaft auszuwechseln, was besagt, „daß der Nationalsozialismus die Sozialdemokratie in der Aufgabe abzulösen hätte, den Massenstützpunkt für die Herrschaft des Bürgertums in Deutschland darzubieten“. (71) Die Konsolidierungsfunktion des Reformismus ist für Sohn-Rethel, in frappierender Parallele zur Analyse der KPO, ans Ende ihrer Möglichkeiten gelangt, weil die Wirtschaftskrise jene sozialpolitischen Errungenschaften „zwangsläufig zermalmt hat“, in die die Sozialdemokratie die Revolution von 1918 umgemünzt hatte (72). Wenn Sohn-Rethel annimmt, daß deshalb die Spaltung der Arbeiterschaft tendentiell schon aufgehoben und eine revolutionäre Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft gegeben sei, verrät er allerdings eine ökonomistisch verkürzte Wahrnehmung der Situation, die gerade den politischen Zustand der Arbeiterbewegung ausblendet, den die KPO als Haupthindernis für einen erfolgreichen antifaschistischen Kampf zu beklagen hatte (73).

Während die Bedeutung dieser Schrift von 1932 vor allem in ihrem damaligen politischen Stellenwert liegt, bringen die in der Londoner Emigrationszeit verfaßten Aufzeichnungen und theoretischen Abhandlungen über den Faschismus (74) wichtige Informationen aus den inneren Zirkeln der faschistischen Diktatur zutage und

71) a. a. O., S. 18

72) a. a. O., S. 21. Vgl. die Nähe der Formulierung zur Einschätzung der KPO, insb. S. 175, oder auch: Gegen den Strom, 7. Jg. 1933, Nr. 7, S. 30: „Sie (die Theoretiker der KPD und KI) übersehen eines der entscheidenden Merkmale des Faschismus vollkommen: nämlich, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur nichts anderes bedeutet, als daß die Herrschaft des Kapitalismus eine neue Massenbasis erhält.“

73) Vgl. auch Sohn-Rethels Kommentar im Kursbuch 21, der von derselben Naivität gegenüber den politischen Problemen der Arbeiterbewegung zeugt, wenn er meint, die KPD hätte 1932 die proletarische Diktatur als praktische Alternative „auf die Tagesordnung setzen“ müssen; a. a. O., S. 33. Eine ähnlich gravierende politische Fehleinschätzung unterläuft Sohn-Rethel hinsichtlich der SPD, wenn er als Merkmale einer auch *strukturellen* Verwandtschaft mit der faschistischen Bewegung die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Anhängerschaft mit der faschistischen gleichsetzt und bei beiden eine „ebenso schwärmerisch-gläubige wie kurzfristige Gefolgstreue“ hervorhebt (Kursbuch 21, S. 18). Diese Charakterisierung verfehlt genau das Problem der sozialdemokratischen Bindungskraft für die Arbeitermassen, die gerade das Gegenteil *kurzfristiger* sozialdemokratischer Gefolgstreue bezeugt.

74) Eine Veröffentlichung dieser zwar etwas disparaten, aber in vieler Hinsicht äußerst wichtigen Arbeiten wird vom Suhrkamp-Verlag vorbereitet.

explizieren vor allem einen der ganz wenigen überzeugenden Versuche (75),

1. eine konsistent materialistische Erklärung für die faschistische Diktatur nicht nur ihrem Zustandekommen nach, sondern auch in ihrer durch die bestimmte Form der Krisenlösung in Gang gesetzten ökonomischen Eigengesetzlichkeit zu liefern und
2. zu entwickeln, wie das Regime diese sich logisch aufreihende Kette zwangsläufiger und doch ständig das ganze System politisch in die Enge treibender ökonomischer „Fehlentscheidungen“ nur noch in einer Konzeption militärischer Expansion aufzulösen versuchen kann (76).

Sohn-Rethels Ansatz ist hier nur in seinen Grundzügen darzustellen, ohne die vielfältigen Anregungen aufzunehmen, die aus seinem ausgebreiteten Material zu gewinnen sind. Die Darstellung muß sich dabei zunächst auf die beiden Punkte konzentrieren, die oben als richtunggebend für die weitere Faschismus-Analyse angegeben wurden (77).

1. Sohn-Rethel erklärt die politisch unterschiedliche Orientierung der Fraktionen des deutschen Großkapitals (78) aus ihrer unterschiedlichen Stellung auf dem Weltmarkt. Nach der im Grunde fremdfinanzierten Produktionskonjunktur der sogenannten Stabilisierungsphase wurde der Schuldendienst für die internationalen Anleihen an deutsche Kapitalisten real zum ersten Male zu einem Zeitpunkt fällig, da die krisenhafte Entwicklung der Weltwirtschaft die Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrieproduktion global beschränkte. Allerdings wurden die deutschen Kapitale von dieser Entwicklung je nach ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit verschieden betroffen. Die Schwerindustrie, der es schon seit 1928 immer weniger gelungen war, Zinsen und Abschreibungen für ihre Investitionen zu verdienen, erstickte an den fixen Kosten ihrer im Verfolg der gigantischen Fehlrationalisierungen aufgebauten Kapazitäten (79) und wurde alsbald zur treibenden Kraft einer absatzpolitischen Offensive, welche die ungünstigen Weltmarktbedingungen nach

75) Als zeitgenössische Analyse ist der Arbeit Sohn-Rethels von ihrer systematischen ökonomischen Begründung her nur noch die Arbeit von P. Sering vergleichbar, die als Artikel-Serie in der Zeitschrift für Sozialismus, Jg. 1935 (Prag) erschienen ist und auf die Sohn-Rethel teilweise kritisch Bezug nimmt.

76) Vgl. den Hinweis der KPO auf die „kriegerischen Tendenzen“, die sich im Faschismus äußern (S. 127).

77) Wenn die Grundzüge dieser Analyse einen *ökonomistischen* Eindruck auslösen, so liegt dies nicht an meiner knappen Darstellungsweise, sondern an der politischen Perspektive ihrer Entstehungszeit. Denn nach 1933 mußte man zu Recht davon ausgehen, daß die Entwicklung in Deutschland auf absehbare Zeit durch die konterrevolutionäre Krisenlösung bestimmt wurde, die ja 1933 gerade die Arbeiterbewegung zerschlagen und damit den entscheidenden *politischen* Faktor gegen diese Krisenlösung eliminiert hatte.

78) In der Charakterisierung dieser Fraktionen und ihrer politischen Strategien bestätigt die Darstellung Sohn-Rethels im übrigen die Kritik K. Gossweilers an Kuczynskis zu schematischer Darstellung der Differenzen zwischen den Kapitalfraktionen. Vgl. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin (DDR) 1971, S. 11 f. Denn auch er geht von einer stark fluktuierenden Grenze zwischen beiden Gruppen und einem zum Teil „wildem Schwanken“ der Schwerindustrie zwischen alternativen politischen Strategien aus.

79) Vgl. die Schilderung der betriebstechnischen Probleme der Vestag, in: Kursbuch 21, S. 27 ff.

der Strategie einer sei es ausgehandelten, sei es erzwungenen Binnenmarkterweiterung zu verändern trachtete (80). Die Fraktion der international eher konkurrenzfähigen und daher exportorientierten Industrie dagegen, zu der vor allem die Chemie- und Elektro-Branche sowie wesentliche Teile der verarbeitenden Industrie gehörten, waren nicht nur auf eine konziliante Außenwirtschaftspolitik, sondern auch auf eine allgemeine Verständigungspolitik ohne chauvinistische Übertreibungen und politische Expansionspläne angewiesen. Diese Fraktion, die Sohn-Rethel als die „eigentliche Stütze des Weimarer Regimes“ einschließlich der Brüning-Regierungen kennzeichnet, verlor die politische Initiative völlig aus der Hand, als 1931 das internationale Kreditsystem und Investitionsgeschäft zusammenbrach und damit eine vom Weltmarkt ausgehende rasche Konjunkturbelagerung vollends undenkbar wurde. „So stark ihre innerdeutsche Stellung in den vorausgegangenen Jahren ökonomisch und politisch gewesen war, als sie für die Beschäftigungskonjunktur der Gesamtwirtschaft in jeder Hinsicht die Führung innegehabt hatten, so sehr fielen sie nun wirtschaftspolitisch gegenüber der Schwerindustrie und der Landwirtschaft zurück, weil in der Richtung ihres Geschäftsinteresses in der nötigen Kürze der Zeit an keine Wiederingangsetzung der Konjunktur zu denken war.“ (81) Während eine weltmarktorientierte Produktionsstrategie dieser Fraktion jetzt nur noch ihr kollektives Dauerinteresse auf weite Sicht darstellen konnte, waren einzelne Unternehmen zunehmend selbst auf eine augenblickliche Ankurbelung der Konjunktur angewiesen, die ihrerseits eine binnenwirtschaftliche Bereinigung der entscheidenden Kostenfaktoren sowie staatliche Aufträge im großen Maßstab voraussetzte.

Die Initiative und Stoßkraft dieser politischen Orientierung lag nach Sohn-Rethel eindeutig bei der „Harzburger Koalition der strukturellen Defizitiäre sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft wie der vermögenslosen Bürgermassen, die vorher ihre Existenz im Schlepptau der kapitalaktiven Spitzenindustrien gefunden hatten und die jetzt in ihrem Defizit schmorten, weil gewissermaßen der Schlepplokomotive selbst der Dampf ausgegangen war“ (82). Die Einigung auf das faschistische Krisenlösungskonzept der politisch treibenden Kräfte der Schwerindustrie wird dabei durch einen doppelten Zwang erklärt: zum einen durch die zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten auch in den Reihen der anderen Kapitalfraktionen und zum anderen aus dem sich verdichtenden politischen Gesamtinteresse der Bourgeoisie: „Die gesündere, am ökonomischen Konkurrenzkampf noch interessierten Teile konnten die defizitären nicht in die Liquidation gehen lassen, weil dieses Defizit so groß war, daß seine Aufrechnung aus Gründen der Kapitalverflechtung und aus den politischen Gefahren der Arbeitslosigkeit etc. für sie untragbar war, die Gesamtherrschaft der Klasse aufs Spiel gesetzt

80) Die Pläne werden im einzelnen mit genauer Detailkenntnis dargestellt (S. 10 d. Ms.), wobei Sohn-Rethel die Planungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT) aus eigener Anschauung besonders gut einschätzen konnte.

81) S. 11 d. Ms. (Hervorh. d. Verf.)

82) S. 12 d. Ms.

hätte.“ (83) Zwar fehlt in dieser Darstellung die Erörterung der Möglichkeiten einer dem Schleicher-Kabinett zugeschriebenen „links-keynesianischen“ Krisenlösungs-Strategie, wie sie von G. Gereke in seinen Erinnerungen belegt und als realistisches Alternativ-Konzept für die damalige Situation verteidigt worden ist (84). Jedoch entwickelt Sohn-Rethel ein entscheidendes Argument gegen diese wirtschaftspolitische Alternative implizit wiederum auf der Ebene des Weltmarktes. Danach fehlten den deutschen Kapitalisten die für den konjunkturellen take-off einer von eigenen Akkumulationsreserven entblößten Wirtschaft unbedingt notwendigen Auslandskredite, ohne die jede Binnenkonjunkturbelebung nur über die „staatliche Zwangsfiktion“ von wirklichem Kapital, d. h. also über Kreditinflation denkbar gewesen wäre. Weil aber die englische und amerikanische wirtschaftliche Wiederbelebung nach 1932 sich lediglich als „imperiale *Binnenkonjunkturen*“ entwickelten und gerade keine Investitionskredite in die übrige Welt ausstrahlten (85) verstärkte sich von der Weltmarktseite her der Zwang zur Autarkie-Orientierung. Die „Binnenkonjunktur faschistischer Observanz“ wird damit zum Unterfall der „obersten Tatsache, daß die einseitig in den Händen der drei großen Demokratien monopolisierten Weltreserve an Investitionskapital ihre ökonomische Funktion seit 1931 nicht im Weltmaßstabe mehr erfüllt.“ (85)

Das Fehlen dieser (Geld-)Kapitalreserven zu Investitionszwecken bedingt also weitgehend die Notwendigkeit dessen, was Sohn-Rethel als eigentliches ökonomisches Prinzip des Faschismus entwickelt: die „Rückkehr zu den Methoden der absoluten Mehrwertproduktion“, d. h. zur drastischen Steigerung der Akkumulation der Kapitale bei gleichzeitiger drastischer Senkung der Konsumtion der Massen (86).

83) S. 1 des gesonderten Aufsatzes: Einige Voraussetzungen zum Verständnis der deutschen Entwicklung, Ms., Februar 1938.

84) Vgl. G. Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (DDR) 1970, insb. S. 189 ff.

85) S. 13 d. Ms.

86) Einige Voraussetzungen zum Verständnis der deutschen Entwicklung, S. 2, vgl. auch S. 13 f. d. Ms. Wenn Sohn-Rethel hier mißverständlich von einer „Rückkehr zu den Methoden der absoluten Mehrwertproduktion“ spricht, ist ihm allerdings mit Marx entgegenzuhalten, daß diese Methode (also die Verlängerung des Arbeitstages über den Punkt hinaus, wo der Arbeiter nur ein Äquivalent für den Wert seiner Arbeitskraft produziert hätte) „die allgemeine Grundlage des kapitalistischen Systems und den Ausgangspunkt der Produktion des relativen Mehrwerts (bildet).“ (K. Marx, Das Kapital, Berlin 1962, MEW 23, S. 532). Was Sohn-Rethel mit diesem Ausdruck als Tendenz beschreibt, ist vielmehr die *forcierte* Erhöhung der Mehrwertrate mittels Verlängerung der Arbeitszeit, Intensifikation der Arbeit und Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert, *ohne* daß die Produktivkraft der Arbeit über die Einführung neuer Maschinerie nennenswert gesteigert wird. Die gesteigerte Mehrwertmasse bezieht sich daher auf ein geringes vorgeschossenes Gesamtkapital, sei es, daß die c-Bestandteile durch Krise und Stagnation entwertet oder vernichtet sind, sei es, daß die v-Bestandteile durch die Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft extrem niedrig gehalten werden. Das Resultat dieses Prozesses ist – grob umrissen – die Steigerung der Profitrate, ohne daß über eine Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals langfristig diese wieder gesenkt wird. Die Folgen für den Reproduktions- und Wachstumsprozeß des Kapitals sollen im folgenden entwickelt werden; erst aus diesem allgemeineren Zusam-

Diese Methode der Profitproduktion äußert sich darin, daß die Arbeitszeit allein im Zeitraum von 1932–1936 um 15 % gesteigert wird, während zugleich der Preis der Ware Arbeitskraft (durchschnittlich) um 33 % gesenkt wird (errechnet auf Basis des Reallohns). Hinzu kommt eine Erhöhung der Mehrwertrate durch die Intensifikation der Arbeit: Die Arbeitsgeschwindigkeit wird im o. a. Zeitraum um durchschnittlich 20–25 % gesteigert (87). Diese verschärfte Ausbeutung, ohne daß mittels Anlage neuer Technologie im unmittelbaren Produktionsprozeß die Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird, bedarf, wie schon die KPO-Analyse gezeigt hat, terroristischer Methoden der politischen Diktatur und insbesondere der Unterdrückung der Arbeiterbewegung samt ihrer Organisationen des ökonomischen Kampfes.

Damit die gesteigerte Produktion von Mehrwert aber auch realisiert werden kann, ohne in letzter Instanz auf die ja gerade gedrosselte Konsumtionskraft der arbeitenden Massen angewiesen zu sein, bedarf diese Produktion einer stofflichen Qualität, die für ihren Absatz letztlich nicht auf eine Steigerung der konsumtiven Kaufkraft angewiesen ist. „Das Mehrprodukt muß vielmehr durch seinen Verkauf (an den Staat) aus dem Markt herausfallen oder darf durch seinen Verkauf auf dem Markt höchstens an die Stelle von konsumbezogenen Waren treten, die inzwischen ausfallen“ (88). Würde sich die Produktionssteigerung also nicht auf militärische und Güter der Importsubstitution beschränken, käme das System nach Sohn-Rethel „ökonomisch zu Bruch“: die Kreditinflation würde durch die monetäre Inflation vertilgt und der Kapitalismus in Deutschland fiele zwangsläufig auf einen Stand zurück, „in dem er keinen Profit mehr bilden kann, richtiger auf einen Stand, der um so viel tiefer unter diesem Nullpunkt liegt, als die Kostenlage der Produktion sich inzwischen von der internationalen Konkurrenzfähigkeit entfernt hat.“ (88)

Die stoffliche Seite der eingeschlagenen Konjunkturpolitik schafft damit geradezu zwangsläufig die Voraussetzungen zur gewaltsamen Expansion nach außen. „Der Umbruch in das faschistische System der absoluten Mehrwertproduktion fällt daher zusammen mit dem Übergang vom ökonomischen Konkurrenzkampf, dessen Anforderungen die Bourgeoisie . . . nicht mehr gewachsen ist, zum Konkurrenzkampf mit militärischen Mitteln.“ (89)

Damit ist zwar die Entwicklungsrichtung der faschistischen Diktatur genau so gekennzeichnet, wie sie den Attributen der Faschismus-Definition der Komintern entspricht (nämlich: terroristisch, chauvinistisch und imperialistisch), dennoch widerspricht der so gewonnene Faschismus-Begriff Sohn-Rethels dieser Definition ganz entschieden, was die Charakterisierung seiner Ausgangsbasis betrifft: „Der Faschismus ist nicht etwa, wie oft behauptet worden ist, die obere Vollendung des

menhang ist das spezifische Verhältnis von Ökonomie und Politik in dieser Periode zu erfassen!

87) Einige Voraussetzungen zum Verständnis der deutschen Entwicklung, S. 2, vgl. die entsprechenden Angaben bei E. Mandel, a. a. O., S. 38 f. sowie in dem Weltwirtschaftskrise und Faschismus behandelnden Abschnitt eines Initialpapiers von E. Altwater zum Seminar: Probleme der empirischen Analyse der Akkumulationszyklen in Westdeutschland, Ms. (1972), S. 33 ff.

88) Einige Voraussetzungen . . . , S. 2

89) S. 13 d. Ms.

Finanzkapitalismus, er ist im Gegenteil, in der vorigen Krise, bei dem (durch Kriegsverlust, Enteignung des Auslandskapitals und Reparationen) schwächsten Kettenglied des Weltkapitalismus und innerhalb seiner wiederum von den ökonomisch schwächsten Teilen der Bourgeoisie herbeigeführt worden.“ (90) Aus dieser Bestimmung ergeben sich für Sohn-Rethel der KPO-Theorie entsprechende Konsequenzen für die Verselbständigung der politischen Herrschaft. Die faschistische Diktatur verdankt ihre Möglichkeit dem Moment der *ökonomischen Schwäche* in der kapitalistischer Reproduktion, weil sie allein unter allen verfügbaren Alternativen politischer Herrschaft das kompensatorische *politische Moment absoluter Durchsetzungsfähigkeit* gegenüber der Arbeiterklasse aufzuweisen hat. Die Zwangsläufigkeit aber, mit der damit die nationale Bourgeoisie auf die faschistische Diktatur in Deutschland angewiesen ist, nimmt sie nach 1933 zum Teil als Zwang der faschistischen Diktatur, d. h. als Primat der Politik über ihre ökonomischen Interessen wahr. Sohn-Rethel kann diese verzerrte bürgerliche Wahrnehmung, die ihren realen Anhaltspunkt in der tatsächlichen Verselbständigung der Form der politischen Diktatur, nicht aber in der Unterdrückung der vorhandenen Kapitalinteressen hat, in ihrer scheinhaften Qualität aufzeigen und auf ihre materiellen Ursachen zurückführen.

Damit erklärt Sohn-Rethel auch die politische Opposition in bürgerlichen Kreisen aus der illusionären Wahrnehmung der ökonomischen Situation, in der diese sich jeweils entwickelt. Im Herbst 1935, als die außenwirtschaftliche Krise aufgrund von Exportschwäche und gleichzeitig gesteigerter Rohstoffeinfuhr für Rüstungszwecke sich zu einer Ernährungskrise auswuchs, stand noch Sohn-Rethel, „so ziemlich das ganze ehemalige Brüning-Lager in geschlossener Vergeßlichkeit hinter Gördelers Denkschrift, welche die Rückkehr zu weltmarktgerechter Rentabilitätswirtschaft forderte.“ (91) In allen Diskussionen unter Großindustriellen und Militärs verstummte jedoch die Diskussion vor der Frage, wie das faschistische Regime zu liquidieren und was an seine Stelle zu setzen sei, denn: „die Verkettung führte in zwingendem Kreis allemal darauf hin, daß die Opposition genau das wieder einsetzen müßte, was sie abgesetzt hatte.“ (91) Die Irreversibilität der ökonomischen Zwangsläufigkeit und nicht etwa die machtmäßige Unterlegenheit gegenüber der faschistischen Partei beraubt also jede Art von „oppositionellen Reflexen“ der Bourgeoisie gegen die faschistische Diktatur ihrer objektiven Erfolgsmöglichkeiten.

Einen ähnlichen Vorgang beschreibt Sohn-Rethel in der zweiten akuten ökonomischen Krise des faschistischen Systems, als seine Produktionsexpansion an die Grenzen des vorhandenen Materials und der Arbeitskraft stößt (92) und der Zwang entsteht, diese „Schranken der Sachen“ gewaltsam zu durchbrechen und

90) Einige Voraussetzungen . . . , S. 1

91) Einige Voraussetzungen . . . , S. 3

92) Daß diese laufende Produktionsexpansion nicht identisch war mit Produktivitätssteigerung, ist eines der Charakteristika der „autarken“ Konjunktur, die der faschistischen Wirtschaft kapitalistische Profitbildung bei gleichzeitiger volkswirtschaftlicher Verlustbildung ermöglichte: „Da man den Wertmaßstab des ökonomischen Verlustprozesses, die intervalutarische Bilanzfunktion der Währung, ausgeschaltet hatte, wird der Verlust zur Schranke erst beim Mangel an Sachen.“ (Einige Voraussetzungen . . . , S. 5)

dem gesamtwirtschaftlich defizitären Produktionsfortgang neue, also fremde Material-, Kapazitäts- und Arbeiterreserven zu erschließen (93). Die bürgerliche Gruppe (einschließlich eines Teils der Reichswehr-Führung) die 1938 aus Angst vor dem strategischen Risiko oder wegen des ungenügenden Rüstungsstandes gegen den ökonomisch fällig gewordenen Krieg opponierte, konnte wiederum keinen realistischen Ausweg aufzeigen, weil ihre politische Alternative ökonomisch die Rückkehr zur Mehrwertproduktion nach den Gesetzen und Standards des Weltmarkts erfordert hätte, denen die deutsche Wirtschaft unter faschistischer Diktatur immer weniger gerecht zu werden imstande war. Dies hätte konkret eine totale Umstellung der stofflichen Produktion und vor allem eine lange Durststrecke echter ökonomischer Produktivitätssteigerung bei anhaltend geringen Exportchancen bedeutet, und darüberhinaus eine Absage an alle langfristigen expansionistischen Zielvorstellungen erzwungen, für deren Realisierung sich die Wirtschaft gerade auf Rüstungsproduktion umgestellt hatte (94).

Mit der Darstellung solcher sich selbst erledigender bürgerlicher Oppositionspläne ist das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der faschistischen Diktatur lebendig veranschaulicht. Jenseits der einseitig personalisierenden Frage nach den Entscheidungsträgern, die ein Primat der Ökonomie oder der Politik getragen haben könnten, geht es Sohn-Rethel darum, die ökonomischen Zwangsgesetze darzustellen, die mit der faschistischen Krisenlösung 1933 in Gang gesetzt worden sind.

Daß diese Zwangsgesetze durch die terroristische Diktatur des Dritten Reiches zur Exekution gelangten, liegt damit in der Natur der eingeschlagenen ökonomischen Krisenlösungsstrategie schon mitbegründet. Ohne von einem Primat der Politik auszugehen kann Sohn-Rethel daher in seiner Analyse der außergewöhnlichen Machtfülle der faschistischen Partei in vollem Maße gerecht werden. Für ihn ist die Partei zwar „der Knecht der Bourgeoisie, aber nur in dem Verhältnis, daß sie über ihrer Bourgeoisie im Sattel sitzt und diese mit Sporen und Kandare ihre eigene Bahn reitet.“(94) Dabei fällt die notwendig zum Krieg tendierende Politik der faschistischen Diktatur auch noch jeweils phasenweise mit direkten kurzfristigen ökonomischen Interessen einzelner Kapitalfraktionen zusammen (95). Die Durchführung dieser Politik, welche einerseits die gesamtwirtschaftliche Aporie durch eine erfolgreiche militärische Expansion auf dem einzig möglichen Wege auflösen will, andererseits durch die Vorbereitung des Krieges die bestehenden ökonomischen Schwierigkeiten ständig verschärft, verselbständigt das „Machtelement der bürgerlichen Klassenherrschaft“ noch weiter, indem die Bourgeoisie „einen Hebel ihrer Kommandogewalt nach dem anderen an die terroristische Parteigewalt abtreten“

93) a. a. O., S. 5

94) a. a. O., S. 6

95) a. a. O., S. 3. Die Schilderung scharfer Interessenkämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen des Kapitals aus Anlaß der beiden ersten Vierjahrespläne entspricht dabei in großen Zügen der Darstellung in der DDR-Forschung, vgl. E. Czichon, *Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht*, in: *Das Argument* 47, insb. S. 182 ff.

muß, um ihre eigenen ökonomischen Überlebenschancen zu wahren (96).

Dieser Prozeß zunehmender Funktionsbedeutung „der Politik“ tendiert mit ständig verstärkter Indienstnahme der wirtschaftlichen Kapazitäten für die Vorbereitung des Krieges zu einem Punkt, an dem ihre Beziehung zur Ökonomie auf den Kopf gestellt, insofern als „Primat der Politik“ *erscheinen* kann. Sohn-Rethel kann aber genau diese Erscheinung historisch erklärend auf ihre ökonomischen Ausgangsbedingungen zurückbinden und damit den *falschen* Schein eines politischen Primats auflösen. Das im wirklichen, historisch entwickelten Zusammenhang gar nicht suspendierbare Grundverhältnis zwischen Ökonomie und Politik bestätigt Sohn-Rethel auch für die faschistische Diktatur mit einer Formel, die im Rahmen der marxistischen Diskussion den erreichten Stand der theoretischen Überlegungen zur Faschismus-Analyse mit dem erreichten Stand empirischer Erforschung der NS-Diktatur am weitestgehenden zu integrieren vermag. Diese Formel besagt, „daß die Zwangsgewalt, die die faschistische Diktatur im Staat des Monopolkapitals ausübt, gleich ist der Gewalt der Zwangslage, die das Monopolkapital zur Schaffung dieses Staates gebracht hat.“ (97)

Die Kriegskonzeption als solche erscheint im Rahmen dieser Analyse weder als „irrational“ (wie bei Mason letztlich unterstellt) noch als glatter Ausdruck der Summe konkreter ökonomischer Interessen des Gesamtkapitals bzw. ihrer stärksten Fraktionen (wie in der DDR-Literatur vorherrschend), sondern liegt unverrückbar auf der Linie und in der Logik des einmal eingeschlagenen Auswegs aus der Krise.

Daß der einzige nicht kriegerisch-expansive Ausweg für den deutschen Kapitalismus – den Sohn-Rethel aber 1938 nur noch auf der theoretischen Ebene formulieren kann, während er praktisch schon längst keine Möglichkeit mehr darstellt – nämlich die Renormalisierung der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland nach den Maßstäben der kapitalistischen Weltwirtschaft, eine massive Finanzhilfe des Auslandes voraussetzte, prognostiziert im Grunde schon den Weg zur postfaschistischen Rekonsolidierung des deutschen Kapitalismus, wie er mit der Liquidierung der Rüstungsinflation durch politisch-militärischen Zusammenbruch und Währungsreform sowie mithilfe der Marshall-Plan-Gelder nach 1945 eingeschlagen wurde. Auch hierin äußert sich die Stichhaltigkeit der Sohn-Rethelschen Analyse des Spielraums kapitalistischer Systemerhaltungs-Strategien.

Wenn diese 1938 aufgezeigte theoretische Möglichkeit erst nach einem bis zum katastrophalen Ende durchgehaltenen Weltkrieg wirklich geworden ist, verweist dies auf die einzige dysfunktionale Dimension der faschistischen Diktatur für das deutsche Großkapital, das an einem erfolgreichen Krieg allemal ein sehr viel größeres Interesse haben mußte als an einer militärischen Niederlage.

Dies unterstellt, wird es zweifellos schwierig, der „direkten“ Diktatur des Finanzkapitals eine Kriegskonzeption zuzutrauen, die ab einem bestimmten

96) a. a. O. S. 6. Vgl. auch das gesonderte Manuskript: Zur Klassenstruktur des Nazifaschismus, S. 2, wonach die Suspendierung der bürgerlichen Rechte durch die faschistische Diktatur auch dazu dient, die „reibungslose Sicherung“ der Unternehmerfunktion des Staates für das Monopolkapital in seiner Existenzkrise zu ermöglichen. Jedoch kann diese Funktion in unserem Zusammenhang nicht dargestellt und problematisiert werden.

97) Zur Klassenstruktur, S. 12

Zeitpunkt strategisch und damit politisch wie ökonomisch jenes Risiko bei weitem überstieg, das militärische Strategien normalerweise auf sich nehmen. Wenn es im Rahmen marxistischer Theorie nicht gelingt, die Möglichkeit der historisch erwiesenen „letztendlichen Realitätsuntüchtigkeit“ (Haug, 98) der faschistischen Diktatur zu erklären, bleibt nur der offensichtlich irrationale Ausweg, die selbstzerstörerische Tendenz der faschistischen Kriegspolitik als Unterfall einer allgemeinen „Tendenz zur Selbstzerstörung“ zu behandeln, die als „immanentes Moment“ angeblich jedem Kapital-Konkurrenz-Verhältnis zu eigen ist und deshalb kein „Spezifikum“ der faschistischen Diktatur darstelle (99).

Solche Hilfslosigkeit bei der Erklärung einer extremen, aber realen Erscheinung in der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften erweist ex negativo die Fruchtbarkeit eines methodischen Ansatzes marxistischer Geschichtsforschung, der die KPO wie Sohn-Rethel in ihren Analysen gerecht zu werden versuchen: Denn ihre Arbeiten gehen implizit von dem Grundsatz aus, daß es für eine materialistische Analyse nicht darauf ankommen kann, die Unmöglichkeit einer tendentiellen Verselbständigung politischer Entscheidungen von *gleichzeitig* vorhandenen und artikulierten Interessen auch gegen den empirischen Augenschein zu behaupten, daß es vielmehr die positive Aufgabe zu lösen gilt, die ökonomischen und klassenanalytischen Ausgangsbedingungen für eine solche *Möglichkeit* genau zu bestimmen und differenziert zu untersuchen, wie ein solcher Prozeß relativer Verselbständigung in Gang zu kommen und seine nur noch abgeleitet erklärbaren Eigengesetzlichkeiten zu entwickeln vermag (100).

98) W. F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, S. 39

99) So E. Czichon, Primat der Industrie, Das Argument 47, S. 190. Argumente, die auf dieser schiefen Ebene liegen, gleiten zwangsläufig in eine subjektivistische Richtung, insofern sie letztlich ein subjektives Versagen der deutschen Kapitalisten vor den selbstgesetzten Aufgaben behaupten. Besonders deutlich wird dies bei A. Leisewitz, der die selbstzerstörerische Tendenz der faschistischen Form der Monopolherrschaft, wie sie sich in der Kriegsniederlage durchsetze, aus der „Unfähigkeit der Bourgeoisie zur realistischen Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses“ erklärt (so in seinem Aufsatz: Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, am Beispiel der chemischen Industrie, in: Das Argument Nr. 73 (1972), S. 507). Selbst wenn man eine solche Unfähigkeit unterstellt, ist damit noch längst nicht geklärt, warum ausgerechnet und nur die deutsche Bourgeoisie in der faschistischen Diktatur ihre Fähigkeit zur realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse verloren haben soll und warum sie diese nach dem II. Weltkrieg, zum großen Teil durch dasselbe Personal vertreten, offensichtlich in erstaunlichem Maß wiedergewonnen hat.

100) Vgl. in dieser Hinsicht die exemplarischen Analysen von Marx (Frankreich-Schriften) und Engels (Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 21, S. 405 ff.). Vgl. auch die Ausführungen von Engels über das Verhältnis von Ökonomie und „politische(n) Formen des Klassenkampfes und seine(n) Resultate(n)“ in seinem Brief an J. Bloch, in: MEW 37, S. 463 f.

IV. Faschismus als ungleichzeitiger Begriff – zur aktualisierenden Methode in der aktuellen Faschismus-Diskussion

Eine realitätsgerechte theoretische Analyse des Faschismus zu erarbeiten war für die deutsche Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik zur Bedingung ihrer weiteren Existenz geworden. Die aktuelle politische Diskussion darüber, ob der Begriff des Faschismus die Veränderungen richtig kennzeichnet, welche die rechtlichen Grundlagen und politischen Formen bürgerlicher Herrschaft in der BRD seit der Notstandsgesetzgebung erfahren haben, ist dagegen nicht aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Sie ist vielmehr in ihrem Ursprung Produkt der Konkurrenz zwischen verschiedenen Intellektuellen-Zirkeln, die nach dem Auslaufen der Studentenrevolte das Thema der revolutionären Partei des Proletariats entdeckt und sich an die Aufarbeitung ihrer Geschichte gemacht haben (101). Ihren studentischen Ursprung wie ihre Ferne von der tatsächlichen Arbeiterbewegung versuchen viele dieser Gruppen hinter einem anmaßendem proletarischen Namensschild zu verstecken. In den Köpfen ihrer Anhänger vollendet sich solche Art proletarischer Mimikry in einer subjektiv oft ebenso aufrichtigen wie objektiv kritiklosen und unausgewiesenen Identifizierung mit der Geschichte der KPD.

Nun braucht der Ursprung der aktuellen Diskussion in intellektuellen Zirkeln genauso wenig gegen die politische Richtigkeit ihres Faschismus-Begriffes zu besagen, wie umgekehrt etwa die traumatischen Erfahrungen sozialdemokratischer Arbeiter in der NS-Zeit ihren Blick für die Erscheinungsformen eines womöglich aktuellen Faschisierungsprozesses nicht ohne weiteres geschärft haben müssen. Betrachtet man sich jedoch einige Produkte dieser Diskussionen, drängt sich zum mindesten die Erkenntnis auf, daß eine aktualisierende Faschismus-Diskussion zum unfruchtbaren Dogmengeschiebe vorkommen muß, wenn sie nicht einmal die wichtigsten Ergebnisse der marxistischen Analyse des historischen Faschismus zu verarbeiten imstande ist. Dazu gehören die innerkommunistische Kritik an der Faschismus-Einschätzung der offiziellen KPD, wie sie schon vor 1933 von der KPO geleistet worden ist, ebenso wie die ökonomisch fundierten Analysen des Faschismus, die aus den theoretischen Auseinandersetzungen der Emigrationszeit hervorgegangen sind (102).

Herausragendes gemeinsames Merkmal der aktuellen Diskussion ist es, daß sie weitgehend auf eine genaue Analyse und Darstellung der ökonomisch-politischen Entwicklungstendenzen verzichtet, die in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen eine neue faschistische Gefahr hervorbringen sollen, die also in ihren Ursachen und Erscheinungsformen dem Faschisierungsprozeß in der ökonomischen

-
- 101) Vgl. P. Lagarde, Bemerkungen zur Faschismus-Diskussion, Neues Rotes Forum 6/1971, S. 37, der die Differenzen zwischen den verschiedenen politischen Gruppen „weniger auf unterschiedliche polit-ökonomische Analysen“ zurückführt als vielmehr darauf, „wie weit die einzelnen Gruppen in die Geschichte der Arbeiterbewegung vorgedrungen sind“.
- 102) Neben Sohn-Rethel sind hier vor allem die Analysen von O. Bauer, F. Neumann, P. Seiring und F. Sternberg zu nennen.

und politischen Krise der Weimarer Republik wenigstens vergleichbar sein müssen (103).

Wenn im folgenden auf einige in dieser Hinsicht besonders lehrreiche Beispiele eingegangen wird, geht es vor allem darum, die von einigen überregionalen politischen Gruppen (104) propagierten Faschismus-Einschätzungen an den oben dargelegten Analysen der faschistischen Diktatur in Deutschland kritisch zu messen, mögliche Fehler zu erkennen und daraus bestimmte Konsequenzen sowohl hinsichtlich des politischen Anspruchs dieser Gruppen als auch hinsichtlich der tatsächlich notwendigen politischen Analysen der heutigen BRD zu folgern.

Die aktuelle Diskussion über Begriff und Funktion des Faschismus wird vor allem durch zwei einander entgegengesetzte und doch gleichermaßen desorientierende Argumentationsrichtungen geprägt. Zum einen durch den inflatorischen Gebrauch des Faschismus-Begriffes als besonders pathetisches und moralisch vernichtendes Urteil gegen jede Form bürgerlicher Klassengewalt, der seine inhaltliche Substanz ins beliebige entwertet und damit jeder analytischen Kraft beraubt (105). Zum zweiten durch einen weitgehend unkritischen zweiten Aufguß der Sozialfaschismus-Theorie zur Begründung eines ebenso pathetischen und moralisch vernichtenden Urteils über die Sozialdemokratie als einen Träger der gegenwärtig dominierenden Form bürgerlicher Herrschaft.

Die Sozialfaschismus-Theorie gehört nicht nur zum alltäglichen Propagandagebrauch verschiedener Fraktionen der sogenannten KPD-ML, sondern liegt auch der Ideologie und den politischen Aktivitäten der am perfektesten verkleideten studentischen „Avantgarde der Arbeiterklasse“, der sich selbst so nennenden KPD zugrunde (im folgenden nach dem Kriterium ihrer eigentlichen Anhänger-Basis als KSV = Kommunistischer Studentenverband bezeichnet). Das robuste Selbstverständnis dieser Gruppe nährt und erneuert sich ständig über die doppelte ideologische Nabelschnur, die sie ihrer Vorstellung nach mit dem Zentrum der Weltrevolution in Peking einerseits und mit der Geschichte der tatsächlichen historischen Kommunistischen Partei Deutschlands andererseits verbindet (106). Nachdem sich der KSV mit dem angemäßen Namen auch das historische Erbe der

103) Vgl. die entsprechende These im 1. Teil des RGO-Aufsatzes in diesem Heft.

104) An dieser Stelle kann auf eine explizite Erörterung von Gruppen verzichtet werden, deren deutlich paranoider Charakter zwar ständig einen wahnhaften Faschismus- bzw. Sozialfaschismus-Verdacht gegen ihre politische Umgebung hervorbringt, zugleich aber auch ihre fortdauernde Bedeutungslosigkeit garantiert (so z. B. die KPD-ML (ZB) und die sog. „Gruppe Internationale Arbeiterfraktionen“).

105) Die Bezeichnung bestimmter diktatorischer Regime wie der griechischen Militär-Junta als „faschistisch“ stellt einen Sonderfall dieses Problems dar und kann hier nicht erörtert werden.

106) Die versuchte Verschränkung beider Identifikationsbereiche muß dabei besonders exotische Erkenntnisse hervorbringen: so sind für den KSV die „wesentlichen Mängel der Bolschewisierung (der wirklichen KPD der Weimarer Zeit, N. K.), die die Niederlage unserer (!) Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus verschuldeten, . . . nur auf dem Hintergrund der Errungenschaften der marxistisch-leninistischen Parteien, wie sie vor allem in den Werken Mao Tse-Tungs zusammengefaßt sind, zu erklären.“ (So zu lesen im Vorwort zur 2. Auflage (1972) des Dokumenten-Bandes: Die Bolschewisierung der KPD, 1. Teil, ohne Seitenangaben)

Weimarer KPD erschlichen hat, fällt unter seine nachlaßverwaltenden Aufgaben auch die Pflege der Sozialfaschismus-Theorie, deren offizielle Propagierung im aktuellen Sinne allerdings noch aussteht. Wie der KSV die Geschichte der Weimarer KPD allerdings wahrnimmt und darstellt, läßt schon heute darauf schließen, daß die Sozialfaschismus-Theorie demnächst auch offiziell den Inhalt politischer Tagespa- rolen bestimmen wird (107).

In der Darstellung der historischen Sozialfaschismus-Theorie und ihrer Bedeutung im Kampf der Arbeiterklasse gegen die faschistische Gefahr setzt sich die Gruppe deutlich von den „linksopportunistischen“ Auffassungen der Merker-Gruppe wie von der „rechtsopportunistischen“ Position der Brandler-Thalheimer-Gruppe ab und identifiziert sich ganz unopportunistisch mit der damaligen Parteiführung um das Thälmann-ZK, deren Linie in der Sozialfaschismus-Frage in der oben erwähnten Remmele-Schrift ausgearbeitet worden ist (108).

Entlang dieser Linie zeichnet der KSV eine Entwicklung der SPD, die diese am Ende der Weimarer Republik aus einer „klassenverräterischen“ Organisation in eine „sozialfaschistische“ verwandelt. Zwar soll damit nicht die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter denunziert, wohl aber die rechte SPD-Führung korrekt gekennzeichnet werden, die das Proletariat mit einer „konkreten sozialfaschistischen Politik“ bekämpfte. Mit dem Begriff des Sozialfaschismus wird also auch die damalige antifaschistische Taktik der KPD gutgeheißen, „die das Bündnis mit der SPD ablehnte, die in ihr organisierten Massen der Arbeiter jedoch gewinnen wollte“ (109). Die immanente Unmöglichkeit und die verhängnisvollen Konsequenzen einer solchen „Taktik des Sozialfaschismus“ sind in der Darstellung der KPO-Position hinreichend aufgezeigt worden (110). Für die aktuelle Diskussion ist wichtiger, mit welchen Argumenten der Gebrauch des Begriffes für die Kennzeichnung der SPD im Jahre 1970 (als die Gruppe sich noch KPD-Aufbauorganisation nannte) problematisiert wurde: „In Zukunft *unkontrolliert* von Sozialfaschismus sprechen, hieße den Irrtum der Studentenbewegung, man könnte *ohne die Partei der Arbeiterklasse* mit Begriffen an (muß wohl heißen: aus) der Geschichte der

-
- 107) Die Einschätzung der historischen Sozialfaschismus-Theorie ergibt sich aus dem Grund- satz-Papier der Rotzeg (Vorläufer der KSV-Organisation der Germanisten an der FU Ber- lin): Die Rolle der SPD im Faschisierungsprozeß der Weimarer Republik und die Sozial- faschismustheorie der KPD, in: Rote Presse-Korrespondenz Nr. 87 (Okt. 1970), S. 4 ff. und aus einer Reihe von Arbeitspapieren von KSV-Gruppen, wie sie in Lehrveranstal- tungen am FB 15 der FU Berlin vorgelegt wurden.
- 108) Daß die Geschichte der KPD durch die Brille der stärksten Fraktion wahrgenommen wird, mit der sich der KSV von vornherein identifiziert, ist aus der ganzen Darstellung ersichtlich, die in dem Rotzeg-Aufsatz gegeben wird. So werden über die „Brandler-Thal- heimer-Gruppe“ einfach Behauptungen Remmeles aufgewärmt, die damals so verlogen und unsinnig waren wie heute (vgl. Die Rolle der SPD, S. 7/8). Die labilen Kenntnisse über die Geschichte der KPD stehen im übrigen in krassem Gegensatz zur Festigkeit des einggenommenen Standpunktes. So wird die KPO in der Darstellung des KSV auch nach 1928 noch immer als Fraktion *innerhalb* der KPD dargestellt (a. a. O., S. 7).
- 109) a. a. O., S. 7 ff.
- 110) Vgl. die entsprechende Kritik der KPO im 1. Teil dieses Aufsatzes, S. 107 f., insbesondere vernachlässigt der KSV die gegen den Reformismus gerichtete faschistische Gewalt.

Arbeiterbewegung Geschichte machen, weiter verlängern.“ (111) Der prinzipielle Vorbehalt betrifft also nicht den Inhalt, sondern den Propagandisten des Sozialfaschismus-Begriffes, legitim wird seine Verwendung nicht aufgrund seiner analytischen Angemessenheit, sondern aufgrund seiner politischen Weihe durch die „Partei der Arbeiterklasse“ (112). Nachdem sich der KSV selbst als diese Partei mißverstehet, kann er sich die Freigabe des Begriffs für die aktuelle Diskussion jederzeit vorbehalten. Da der Kern des Sozialfaschismus-Vorwurfes die SPD der Weimarer Zeit als „konterrevolutionäre Organisation auf dem Boden der Arbeiterklasse mit der Ideologie des organisierten Kapitalismus und über den Klassen stehenden Staates richtig charakterisiert hat“ (113), bleibt der Begriff latent zwar richtig, kann aber nicht propagandistisch verwendet werden, solange sich die SPD „im Rahmen des bürgerlichen Rechtsstaates bewegt“. Sobald sie hingegen zum „offenen Terror gegen die Arbeiterklasse übergeht“ (114), kann der Begriff seine lediglich suspendierte Aktualität zurückgewinnen. Eine solche Entwicklung der SPD ist für den KSV in seiner Selbstüberschätzung und vor dem Hintergrund seiner Offensiv-Theorie, welche die eigene politische Erregung mit der tatsächlichen politischen Offensive der Arbeiterklasse verwechselt, aller Voraussicht nach schon dann gegeben, wenn sozialdemokratisch geführte Staatsgewalt seine Organisationen und damit die „führenden Kräfte der Arbeiterklasse“ bedroht (115).

Als Beispiel für eine entgegengesetzte, politisch aber ebenso desorientierende Anwendung des Faschismus-Begriffes auf die aktuelle politische Situation in der BRD muß auf die Diskussion im Rahmen des KB-Nord (Hamburg) verwiesen werden, wie sie vor allem in der Zeit vor den letzten Bundestagswahlen geführt wurde (116).

111) Die Rolle der SPD, a. a. O., S. 9 (Hervorh. d. Verf.)

112) Dabei wird gar nicht problematisiert, ob mit Begriffen überhaupt Geschichte zu machen ist. Zum Problem wird vielmehr, wie die Kontrolle über die Verwendung von Begriffen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung organisiert werden kann. Daraus ergab sich für die damalige AO, daß Begriffe erst Geschichte machen können, wenn zuvor die Partei der Arbeiterklasse gemacht worden ist. Diese selbstgesetzte Aufgabe hat sie auch kurze Zeit später praktisch gelöst, indem sie das Wunder der Jungfernezeugung einer proletarischen Partei vollbrachte und sich über Nacht von der Aufbauorganisation in die Kommunistische Partei Deutschlands verwandelte.

113) Vgl. Rolle der SPD, a. a. O., S. 10. Auf derselben Linie behauptet ein KSV-Papier zur Rolle der SPD in der Weimarer Republik, die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie (Naphtali) weise „inhaltlich dieselben Grundzüge“ auf wie das faschistische Programm. Eine richtige Kritik an diesem Element der Sozialfaschismus-Theorie entwickelt J. Schmierer, NRF 3/1972, S. 13.

114) Die Rolle der SPD, a. a. O., S. 10

115) Für die Prognose, daß in einem solchen Fall die „Partei der Arbeiterklasse“ mit dem Sozialfaschismus-Begriff auf eigene Faust „Geschichte zu machen“ versucht, spricht auch der Faschismus-Begriff des KSV, den sie, entsprechend dem theoretischen Fehler der KPD vor 1930, lediglich als Antwort auf eine revolutionäre Offensive des Proletariats versteht. Da seine Offensiv-Theorie sich überhaupt nicht mehr auf die ökonomisch verursachten Schwankungen in den konkreten Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bezieht, ist die faschistische Gefahr ebenfalls nicht mehr von ökonomischen Krisenerscheinungen abhängig (vgl. Dem Volke dienen, Nr. 7, S. 2).

116) Vgl. vor allem: Arbeiterkampf, Nr. 16, 17, 18, 21, 22, sowie: Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentenbundes (Teil 2 einer Sondernummer von „Unser Weg“).

In Anlehnung an eine vage Beschreibung faschistischer Tendenzen in Italien entwickelt der KB-Nord die These, auch in der BRD bestehe die akute Gefahr einer offenen faschistischen Diktatur. Anzeichen für diesen neuen Faschismus sah man vor allem in der durch die sogenannten „kleinen Notstandsgesetze“ aus Anlaß der RAF-Verfolgung forcierten Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, die richtig als präventive Einsatzreserve gegen die Arbeiterklasse bezeichnet wurde. Den ideologischen Beleg für faschistische Tendenzen lieferten Zitate aus Springer-Presse und Bayern-Kurier, als neuer Führer einer faschistischen Diktatur wurde mit Vorliebe F. J. Strauß vorgestellt (117).

Offensichtlich hat der KB-Nord in dieser Fehlanalyse die zeitweise Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen ideologischen Lagern bürgerlicher Politik überdimensional polarisiert wahrgenommen und dabei die offen reaktionäre politische Linie der bürgerlichen Rechten mit einer akuten faschistischen Gefahr verwechselt. Dies mußte zu teilweise ganz irrationalen Parolen im Bundestagswahlkampf 1972 verleiten. So wurde die für Kommunisten damals sehr wohl begründbare Option für die SPD (118) mit Losungen propagiert, die heillose Verwirrung stiften mußten (119), weil der Wahllakt darin nicht mehr als pragmatisch kalkulierbare Einflußmöglichkeit auf die Entscheidung zwischen einer sozialliberalen und einer rechtsbürgerlichen Regierung erschien, sondern als politisch ungeheuer folgenreiche Aktion gegen oder für den kommenden Faschismus. Darüberhinaus reproduzierte der KB-Nord aus lauter Angst, den Fehler der kommunistischen Sozialfaschismus-Politik zu wiederholen (120), die Illusion der Weimarer Sozialdemokratie, als sei der Faschismus, wenn er wirklich vor der Tür steht, mit dem Stimmzettel zurückzuschlagen.

Die auch im einzelnen zum Teil grotesk verzerrte Wahrnehmung des KB-Nord ist vor allem auf das Fehlen eines Faschismus-Begriffes zurückzuführen, der seine ökonomischen und klassenanalytischen Voraussetzungen am historisch realen Beispiel gewonnen hat. Dieser Mangel wird besonders deutlich, wenn ständig von einer im Gang befindlichen „Faschisierung“ die Rede ist, ohne daß das Endprodukt dieses Prozesses sich in historisch spezifischer Form umschreiben läßt. Faschisierung erscheint hier als Sammelbegriff für alle möglichen Erscheinungen und Instrumente bürgerlicher Klassengewalt, die zusammengenommen die politisch noch gar nicht entfalteten Möglichkeiten einer revolutionären Arbeiterbewegung blockieren können, und nicht, wie etwa in der Analyse der KPO, als Entwicklung der politischen Krise bürgerlicher Herrschaft in Richtung auf eine faschistische Diktatur, deren zukünftiger Träger als faschistische Bewegung die terroristische Stoßrichtung dieser Entwicklung aktiv mitbestimmt. In ihrem Eifer, bloß nicht die allerersten Sturmvoegel des neuen Faschismus zu übersehen, unterliegt der KB-Nord

117) Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentebundes, S. 2 ff. Hier wird sogar der RCDS als Verbreiter faschistischer Ideologie entlarvt (S. 3).

118) Vgl. die Argumentationslinie in: Der lange Marsch Nr. 1 (Berlin 1972)

119) Vgl. Parolen wie: Kampf gegen die Faschisierung – Keine Stimme des CDU/CSU und ihren Bundesgenossen: NPD und DU; oder: Mit den SPD-Arbeitern gegen den Faschismus, in: Arbeiterkampf Nr. 21, S. 13.

120) Eine gut begründete Ablehnung dieser Theorie in: Arbeiterkampf Nr.22, S. 10

damit der Gefahr, die normalen Gewaltreserven bürgerlicher Herrschaft zu verkennen und so implizit die bürgerliche Demokratie zu idealisieren (121). Diese Gefahr erwächst aus einer schematischen Einschätzung des bürgerlichen Staates, welche von der Kontinuität seiner sozialen Funktion kurzerhand auf eine kontinuierliche Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung seiner Ausübungsformen zurückschließt, ohne die jeweils besonderen ökonomischen und sozialen Bedingungen politischer Herrschaft in Rechnung zu stellen oder gar selbst gründlich zu untersuchen. (122)

Von einem konsistenten Begriff des Faschismus, der aus der Analyse der faschistischen Diktatur in Deutschland gewonnen ist, geht demgegenüber die Heidelberger Gruppe Neues Rotes Forum (NRF) aus (123), weil sie sowohl die qualitative Differenz zwischen bürgerlich-demokratischer Herrschaft und faschistischer Diktatur herausarbeitet als auch die Sozialfaschismus-Theorie der Weimarer KPD in ihrem Kernpunkt überzeugend kritisiert (124). In der Diskussion um die Aktualität eines neuen Faschismus in der BRD tritt das NRF entsprechend scharf der Position des KB-Nord entgegen (125), um allerdings aus der richtigen Kritik äußerst problematische strategische Schlüsse zu ziehen. Denn der falschen mechanischen Gleichsetzung der Offensive der Bourgeoisie mit der faschistischen Gefahr seitens des KB-Nord setzt die NRF lediglich die ebenso mechanische Annahme entgegen, das Fehlen einer aktuellen faschistischen Gefahr zeige zugleich an, wie sehr die Bourgeoisie tendentiell politisch in die Defensive geraten sei. Zwar entwickle sich die objektive Notwendigkeit für den Faschismus mit der beginnenden Krise bürgerlicher Herrschaft, für die Realisierung der faschistischen Lösung werde der Bourgeoisie aber die Massenbasis fehlen, insofern das Volk auf breiter Front beginne, „sich vom bürgerlichen Antikommunismus zu befreien und den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD und selbst für die proletarische Revolution aufzunehmen.“ (126)

- 121) Vgl. Peregrinus (KPO): „Wer, wie die Komintern, jede Gewalttat gegen die Arbeiterklasse als Faschismus bezeichnet, idealisiert dadurch die bürgerliche Demokratie.“ (Der Faschismus in Deutschland, S. 70)
- 122) Die des KB-Nord in der Faschismus-Frage wird dadurch nicht weniger falsch, daß sie grundsätzlich richtig von einer defensiven Phase in den Kämpfen der Arbeiterbewegung ausgeht. Denn die Kritik an den Offensiv-Theorien anderer Gruppen hat ihn dazu verführt, diese Defensive durch eine außergewöhnliche Bedrohung, also die faschistische Gefahr, verursacht zu sehen, anstatt sie aus dem relativ reibungslosen Funktionieren der ökonomischen und politischen Reproduktion des kapitalistischen Systems der BRD zu erklären, wozu auch gehört, daß die Vorbereitungen auf gewaltsame Klassenauseinandersetzungen von staatlicher Seite ohne nennenswerten Widerstand der Arbeiterklasse als ganzer anlaufen konnten.
- 123) Vgl. aber die Einwände gegen den Faschismus-Begriff bei J. Schmierer im 1. Teil dieses Aufsatzes, S. 120. Die wichtigsten Beiträge im NRF sind darüberhinaus: P. Lagarde, Bemerkungen zur Faschismus-Diskussion (Nr. 6/71) und Chr. Bucher, Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels, Zur Faschismusfrage des KB Hamburg (Nr. 6/72).
- 124) Schmierer begründet diese Kritik mit denselben inhaltlichen Argumenten wie die KPO, vgl. a. a. O., S. 12 f.
- 125) Vgl. v. a. Ch. Bucher, a. a. O., S. 10 f.
- 126) Schmierer, a. a. O., S. 20

Die Faschismus-Einschätzung des NRF steht also in engem Zusammenhang mit seiner euphorischen Offensiv-Theorie (127), die hier gar nicht aus einer Realanalyse der gegenwärtigen ökonomischen und der Entwicklung der Klassenbeziehungen gewonnen ist, sondern lediglich ein politisches Postulat an die Arbeiterklasse als tatsächliche politische Tendenz ausgibt. Die Frage nach den objektiven und subjektiven Ausgangsbedingungen für eine revolutionäre Perspektive der Arbeiterbewegung wird gar nicht mehr gestellt, weil diese bereits in der definitorischen Festlegung auf eine Offensive der Arbeiterklasse vorliegt. Und damit die Arbeiterklasse ihrer Avantgarde diese Erkenntnis auch abnimmt, wird ihre tatsächliche Offensiv-Bereitschaft moralisierend an der „historischen Notwendigkeit“ gemessen (128) und zu guter letzt doch wieder mit der Drohung der faschistischen Gefahr unter Druck gesetzt: die Offensive zu erkennen, sei „von entscheidender Bedeutung für die Avantgarde der Arbeiterklasse, wenn sie nicht Schuld an einer neuen Niederlage der Arbeiterklasse auf sich nehmen und damit dem Sieg des Faschismus den Weg bereiten will, der der Vollstrecker dieser Niederlage wäre.“ (129) Der Faschismus-Begriff hat in der theoretischen Begründung der revolutionären Offensive der NRF-Gruppe demnach also gar keine analytische Funktion. Die Faschismus-Diskussion soll nicht in erster Linie aufzeigen, wie die politischen Formen bürgerlicher Herrschaft an gesellschaftliche Entwicklungen gebunden sind und welche Formen absehbar auf der Tagesordnung stehen. Faschismus als Kategorie wird vielmehr zum taktischen Instrument und dient alternativ zur empirielosen Begründung einer revolutionären Offensive der Arbeiterklasse (130) bzw. als Drohgröße, welche die Arbeiterklasse zu dieser Offensive anspornen soll.

Auf je verschiedene Weise verfälscht damit der subjektive Anspruch, als Avantgarde der Arbeiterklasse ihre gegenwärtigen ökonomischen und politischen Kämpfe anleiten zu können, die Faschismus-Diskussion von KSV und NRF. Der Unterschied entspricht dabei den unterschiedlichen Etappen, in denen sich beide Gruppen in ihrem Prozeß des Parteaufbaus befinden. Da der KSV schon seit geraumer Zeit als Reinkarnation der „Partei der Arbeiterklasse“ schlechthin auftritt und seine Bestätigung in dieser Rolle vorwiegend in historischen Analogien sucht,

-
- 127) Den Widerspruch zur Realität versucht Schmierer in der geheimnisvoll hegelianischen Formulierung aufzulösen, die Bourgeoisie sei nur noch „der Erscheinung nach“ in der Offensive, vgl. a. a. O., S. 20.
- 128) So wird als Begründung für die Notwendigkeit, den Kampf gegen die politische Reaktion offensiv zu führen und ihn direkt mit dem Kampf für die proletarische Diktatur zu verbinden, lapidar erklärt: „Sonst werden wir der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes nicht gerecht“ (a. a. O., S. 20).
- 129) Ebd.
- 130) Entsprechend werden im „Programm der westdeutschen Kommunisten“ Zwischentapen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur abgelehnt, indem man dekretiert: „Eroberung der politischen Macht durch das westdeutsche Proletariat, um diejenigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden, das ist die unmittelbar nächste Aufgabe im Befreiungskampf des westdeutschen Proletariats.“, in: NRF, Sondernummer „Das Programm der westdeutschen Kommunisten“ (November 1972), S. 26.

muß sein subjektiver Identifizierungswunsch mit der Weimarer KPD deren fehlerhafte historische Analyse des deutschen Faschismus übernehmen und damit schon an der Entwicklung eines überzeugenden Faschismus-Begriffes scheitern.

Das NRF dagegen beteiligt sich am Aufbau einer konkurrierenden KPD, die ihre Existenz-Berechtigung auf der Ebene der Programm-Diskussion theoretisch nachzuweisen versucht. Insofern verzerrt ihr Bestreben, die Konstituierung einer weiteren KPD auch dem Zeitpunkt nach als notwendig zu begründen, lediglich die programmatische Bestimmung der gegenwärtigen Etappe der Klassenkämpfe, nicht aber die Einschätzung des Faschismus, auf die sie ihre Offensiv-Theorie einigermäßen artistisch zu stützen versucht (131).

Die Überwindung beider Formen subjektiver Verfälschung der politischen Wahrnehmung ist und bleibt aber Voraussetzung für die Fähigkeit, die ökonomischen, politischen und rechtlichen wie die ideologischen Ausgangsbedingungen für die Kämpfe der Arbeiterklasse realitätsgerecht einzuschätzen und erst recht für die von allen sozialistischen und kommunistischen Gruppen angestrebte Fähigkeit, diese Kämpfe tatsächlich zu beeinflussen oder gar „anzuleiten“.

Daraus folgt, daß die theoretische Hauptaufgabe für Sozialisten heute darin besteht, sich die ganz konventionellen und legalen Gewaltreserven der parlamentarischen Demokratie vor Augen zu führen und ihre gegen die Arbeiterklasse gerichteten Potenzen nüchtern zu analysieren. Dies gilt umso mehr, als die am eindeutigsten gegen die Arbeiterklasse gerichtete Legalitätsreserve, die 1967 verabschiedeten Notstandsgesetze, praktisch überhaupt noch nicht angewendet und in ihrer latenten Existenz erst wieder durch die im Sommer 1972 verabschiedeten „kleinen“ Notstandsgesetze öffentlich bewußt geworden ist. Nur im Rahmen einer Analyse der ganz unterschiedlichen Formen und Methoden bürgerlicher Herrschaft kann sodann dem Faschisierungs-Verdacht der richtige Stellenwert zugeschrieben werden. Eine falsche Aktualisierung dieses Verdachts in der gegenwärtigen Phase bürgerlich-reformistischer Herrschaftssicherung kann nur dazu beitragen, zwei grundlegende Erkenntnisse über die bürgerliche Gesellschaft und ihren Staat zu verhindern oder zu verdrängen: 1. die Erkenntnis, daß die sogenannte liberale Herrschaftspraxis des Kapitals das gleiche Ziel auf konstitutionellem und integrationistischem Wege zu erreichen versucht, das der Faschismus mit Hilfe terroristischer Methoden erreicht hat, nämlich die „repressive Garantie des Klassenfriedens“. Und 2. die Erkenntnis, daß auf der anderen Seite „nur besondere Umstände und Bedingungen die bürgerliche Gesellschaft auf den Weg des Terrors zwingen.“ (132) Mit diesen Aussagen Agnolis ist die in der Studentenrevolte weit verbreitete, weil für den Rhythmus von Sprechchören besonders geeignete Formel: „Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus . . . muß weg!“ zurecht in ihrer inhaltlichen Substanz kritisiert. Denn zum einen ist das kapitalistische System

131) Damit sind beide Gruppen nicht in einen Topf geworfen. Weil die NRF-Initiative den absurden Prozeß einer Parteigründung aus dem Stand nicht einfach wiederholt, bedarf ihr auch intern umstrittener Programm-Entwurf, im Gegensatz zum ideologischen Konglomerat des KSV, einer intensiven Auseinandersetzung.

132) J. Agnoli, Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument Nr. 41 (1966), S. 460.

für Marxisten nicht etwa nur in dem Maße bekämpfungswert, wie es tatsächlich zum Faschismus führt, sondern weil es aktuell und beständig die Ausbeutung der Arbeiterklasse und eine so ungerechte wie gesellschaftliche Ressourcen vernichtende Verteilung ihrer materiellen Ergebnisse durch die Produktionsweise selbst aufrecht erhält. Und zum zweiten entwickelt sich „der Kapitalismus“ nicht notwendig zum Faschismus, sondern eine kapitalistische Gesellschaft *kann* lediglich unter bestimmten Umständen, die im ersten Teil dieser Darstellung am Beispiel des deutschen Faschismus näher geklärt wurden, auf die krisenhafte Bedrohung ihrer Grundlagen in der Form der faschistischen Diktatur antworten.

Um die Dimensionen einer faschistischen Gefahr für die politische Entwicklung in der BRD richtig zu erfassen, lohnt sich ein Blick auf das Schicksal jener Partei, die eine Zeitlang als Promotor eines Faschisierungsprozesses angesehen werden konnte. Das Anwachsen der NPD in der ökonomischen Rezession von 1966/67 wie ihr Verschwinden bis zur Bundestagswahl 1972 haben deutlich gemacht, wie wenig funktional eine neofaschistische Partei für die parlamentarisch-demokratische Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, solange diese nicht in ihren ökonomischen Grundfesten bedroht ist (133).

Wenn wir dagegen zu klären versuchen, welche politische Rolle die NPD zur Zeit ihrer größten Wahlerfolge wirklich gespielt hat, stoßen wir viel eher auf ihr erfolgreiches Wirken als eine Partei, die proletarische und vor allem kleinbürgerliche Protestwähler zu neutralisieren vermochte, sowie als Drohgröße, um die Zustimmung der „Demokraten aller Richtungen“ zu einer Konjunkturpolitik auf Kosten der Arbeiterklasse zu erzwingen. Insofern konnte die NPD schon in ihrem unentwickeltesten Stadium eine nützliche Rolle im Dienste der Kapitaloffensive spielen, weil sie das demokratische Erscheinungsbild des politischen Systems in Frage stellte und damit, an die antifaschistischen Instinkte in der Arbeiterklasse anknüpfend, zusätzlichen Integrationsdruck erzeugen konnte.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich für die aktuelle Diskussion des Zusammenhangs von Faschismus, Kapitalismus und Arbeiterbewegung zwei nur auf den ersten Blick einander widersprechende Aufgaben für die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung der BRD. Zum einen gilt es, unter anderem mit Hilfe einer genauen Untersuchung der historischen Entwicklung zur faschistischen Diktatur und vor allem der Fehler, die die Organisationen der Arbeiterbewegung in den Entscheidungsjahren der Weimarer Republik gemacht haben, die offene Diktatur als *letzte* Möglichkeit der Aufrechterhaltung bürgerlicher Klassenherrschaft im historischen Gedächtnis der Arbeiterklasse weiter wachzuhalten. Zu dieser Aufgabe zwingt die grundsätzliche Erkenntnis, welche die KPD der Weimarer KPD entgegenzuhalten hatte: daß keine noch so tiefe Krise der bürgerlichen Herrschaft denkbar ist, die nur noch ihre revolutionäre Lösung offen

133) Als politische Zusammenfassung eines diffusen Protestwählerpotentials war die NPD in keine politische Strategie des Kapitals präzise einzukalkulieren. In der innerbürgerlichen Bewertung ihrer Erfolge überwog entsprechend deutlich die Angst vor Reaktionen, die den Interessen des Kapitals zuwiderlaufen, z. B. vor der stimmungsmäßigen Reaktion im Ausland.

läßt (134). Zum zweiten wird es auf absehbare Zeit wichtiger, weil realistischer sein, die empirisch gegenwärtigen Erscheinungen bürgerlicher Klassenpolitik gerade auf der *politischen Ebene* genauer zu untersuchen und kritisch darzustellen. Im Hinblick auf die revolutionäre Orientierung des Proletariats gilt es, auf diese aktuell herrschende Form, die Klassenbeziehungen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft scheinbar friedlich zu regulieren, eine angemessene politische Strategie auszurichten, anstatt mit phantastischen Behauptungen über einen ausgebrochenen bzw. drohend an die Tür pochenden neuen Faschismus oder aber mit politischen Beschwörungsformeln, die die eigenen politischen Hoffnungen und Wünsche mit der historischen Notwendigkeit verwechseln, die Ansätze einer marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD zu diskreditieren und ihrer praktischen Orientierungsmöglichkeiten für die wirkliche Arbeiterbewegung zu berauben.

134) Vgl. Der Faschismus in Deutschland, S. 165